



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Einigung beim Bund-Länder-Gipfel in Berlin:

## Illegale Migration eindämmen

Ergebnisse – Bewertungen – Beschlüsse

Beim Treffen der 16 Regierungschefs der Länder mit Bundeskanzler Olaf Scholz in Berlin kamen eine ganze Reihe brisanter Themen auf den Tisch. Die Eindämmung illegaler Migration und die Finanzierung der Asylpolitik standen ebenso auf der Agenda der Marathonsitzung, wie das Tempo bei Planungen und das Deutschlandticket.

Bund und Länder einigten sich auf einen Beschleunigungspakt zur Verringerung von Verfahren und zur Reduzierung von Genehmigungsverfahren. So sollen etwa der Bau von Wohnungen, der Ausbau von Dachgeschossen und das Aufstellen von Mobilfunkmasten erleichtert werden.

an den Landesgrenzen zu Österreich, zur Schweiz, zur Tschechischen Republik und zu Polen aufrechtzuerhalten. Die Länder und die Bundespolizei wollen weiter eng bei der Bekämpfung der Schleusungskriminalität und der irregulären Einwanderung zusammenarbeiten.

### Konzepte für Deutschlandticket

Um das Deutschlandticket im Nahverkehr zu finanzieren, ist die Möglichkeit vorgesehen, in diesem Jahr nicht verbrauchte Mittel 2024 für den Ausgleich finanzieller Nachteile bei Verkehrsunternehmen einzusetzen. Außerdem sollen die Verkehrsminister beauftragt werden, ein Konzept zur Durchführung des Tickets ab 2024 vorzulegen. In den Blick rückt dabei auch der Preis von bisher 49 Euro im Monat, der von vornherein als „Einführungspreis“ bezeichnet worden war.

### Verfahren in drei Monaten abschließen

Der hart errungene Kompromiss beim Thema Fluchtmigration sieht unter anderem vor, die Zahl der nach Deutschland Geflüchteten deutlich und nachhaltig zu senken. Asylverfahren für Angehörige von Staaten, für die die Anerkennungsquote weniger als fünf Prozent beträgt, sollen zügiger als bisher abgeschlossen werden. Ziel ist, das Asyl- und das anschließende Gerichtsverfahren bei ihnen jeweils in drei Monaten abzuschließen. In allen anderen Fällen sollen die Asylverfahren regelhaft nach sechs Monaten beendet sein.

Geplant ist, die Grenzkontrol-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.



V.l.: KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle, MdEP Manfred Weber, sowie die KPV-Landesvorstandsmitglieder Josef Mederer, Christoph Göbel, Carmen Pepiuk und Hannelore Langwieser. Bild: KPV

## KPV votiert für Weber

Der KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss unter Leitung von Landrat Stefan Rößle hat sich im Rahmen der jüngsten Sitzung einstimmig hinter die Kandidatur von MdEP Manfred Weber als Spitzenkandidat auf der CSU-Europaliste gestellt. Weber erklärte, ihm sei wichtig, die Bedeutung der Europawahl am 9. Juni 2024 angesichts der derzeitigen Krisen herauszustellen. Die Wahl sei eine Schicksalswahl für den Kontinent. Die CSU sei die einzige Partei, die rein bayerische Interessen in Europa vertrete.

Maßgebend für den anstehenden Europawahlkampf ist für den Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei (EVP) eine europäische Lösung der Asylfrage durch einen gemeinsamen Außengrenzschutz und konsequente Rückführungen in die Heimatländer, die Stärkung der europäischen Wirtschaft und des Wirtschaftsstandorts Bayern sowie die Sicherung des Wohlstandes innerhalb der Europäischen Union. Hier sei die EVP die Stimme für eine problemorientierte und ernsthafte Lösung der Themen. „Die entscheidende Frage ist nicht, was bringt uns Europa, sondern wer regiert Europa“, unterstrich Weber. Eine starke EVP-Fraktion im Europaparlament sei hier der Schlüssel für die anstehenden Herausforderungen in der EU. Die offizielle Bestätigung Webers ist für den CSU-Parteitag am 25. November in Nürnberg vorgesehen. DK

waltungsaufwand bei den Kommunen zu minimieren. Hierzu soll eine Bezahlkarte eingeführt werden.

### Leistungseinschränkungen

Für Asylbewerber, die seit mehr als ein Jahr in Deutschland sind, ist die Einschränkung von Leistungen geplant: Wenn sich ein Asylverfah-

ren lange hinziehe, sollten nicht 18, sondern 36 Monate lang Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz gezahlt werden. Bislang steigen die Sätze nach eineinhalb Jahren ungefähr auf Höhe der regulären Sozialhilfe - dieser Schritt soll künftig später erfolgen.

Die Bundesregierung will testen, ob Asylverfahren außerhalb (Fortsetzung auf Seite 4)

### BVerfG-Urteil zur Schuldenbremse:

## Ampel verstößt gegen Verfassung

Erfolgreiche Klage der Unionsfraktion: Die Übertragung einer aufgrund der Corona-Pandemie eingeräumten Kreditermächtigung von 60 Milliarden Euro aus dem Kernhaushalt auf das Sondervermögen „Klima- und Transformationsfonds“ durch die Ampelregierung ist laut Bundesverfassungsgericht nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.

Anlässlich der Urteilsverkündung stellte Bayerns Finanzminister Albert Füracker fest: „Das Urteil aus Karlsruhe ist klar, eindeutig und zeigt der Ampelregierung deutliche Grenzen auf: Die Bundesregierung hat mit ihrem Nachtragshaushalt gegen die Verfassung verstoßen! Zweckgebundene Kreditermächtigungen dürfen nicht frei für ideologiegetriebene Maßnahmen zweckentfremdet werden. Staatsausgaben in diverse kreditfinanzierte Sondervermögen zu verlagern und hierzu Kreditermächtigungen im großen Stil umzuwidmen, hebt die Schuldenbremse aus. Gut, dass das Bundesverfassungsgericht dieser Praxis der Ampel nun eine unmissverständliche und eindeutige Quittung erteilt hat.“

Füracker zufolge steht die Ampelregierung jetzt selbstverschuldet vor einem erheblichen Haushaltsproblem. Die Entscheidung habe zur

Folge, dass sich der Umfang des Klima- und Transformationsfonds um 60 Milliarden Euro reduziert. Soweit hierdurch bereits eingegangene Verpflichtungen nicht mehr bedient werden könnten, müsse der Bundeshaushaltsgesetzgeber dies anderweitig kompensieren. Der volle Umfang der Auswirkungen der Entscheidungen sei derzeit noch nicht absehbar.

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sprach von einer „gigantischen Klatsche“. Gegenüber der Mediengruppe Bayern erklärte er, die Regierung habe Milliarden genommen, die sie nicht hätte anrühren dürfen, um daraus ihre „links-grünen Luftschlöcher“ zu finanzieren.

Josef Zellmeier, finanzpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion, betonte: „Klare Worte aus Karlsruhe – Haushaltstricks und übermäßige Verschuldung bleiben tabu. Das Ende der Bundesregierung dürfte eingeläutet sein, nachdem ihr das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Boden unter den Füßen weggezogen hat. Als CSU-Fraktion sehen wir unsere Politik der ausgeglichenen Haushalte bestätigt. Die Schuldenbremse ist Markenkern der Union. Wir werden sie weiterhin gegen linke und leistungsfeindliche Umverteilung schützen.“ DK

### Bayerischer Städtetag schlägt Alarm:

## Finanzieller Kollaps droht

„Die allgemeine Finanzausstattung der Kommunen muss auf die Tagesordnung“, forderte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, bei einer Pressekonferenz in München. Die Einnahmen der Kommunen gingen bereits jetzt zurück, die Ausgaben stiegen rapide, die Rahmenbedingungen verschärfen sich. Kommunale Haushalte rutschten vereinzelt bereits in bedrohliche Schieflagen. Inzwischen sei in vielen Städten und Gemeinden ein „Schmerzpunkt“ erreicht.

Aktuell verzeichnen Bayerns Städte und Gemeinden einen massiven Anstieg bei den Ausgaben um mehr als 10 Prozent; das Finanzierungsdefizit lag im ersten Halbjahr 2023 bereits bei ungewöhnlich hohen 3 Milliarden Euro. Im Jahr 2024 verschärft sich die Situation wegen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst und weiter steigenden Sozialausgaben. Laut Pannermayr schränkt die Inflation Spielräume bei kommunalen Investitionen deutlich ein: Steigende Personalausgaben (+ 7 Prozent), enorme Kostensteigerungen nicht zuletzt aufgrund der Energiepreise, bei Verwaltungs- und Betriebsaufwand (+ 11 Prozent), Bau (+ 14 Prozent) belasteten die Kommunalhaushalte ebenso wie wachsende Sozialausgaben (+ 9 Prozent).

### Erhebliche Mehrbelastungen

Mehrbelastungen entstünden aufgrund der Kosten der Unterkunft für Geflüchtete aus der Ukraine und Leistungen für Lebensunterhalt und Krankenhilfe. Bei den Sozialausgaben hätten vor allem die Leistungen der Sozialhilfe (+ 19 Prozent) zugelegt, wobei hier besonders die 25 kreisfreien Städte in Bayern mit einem Plus von 41 Prozent betroffen seien. Darüber hinaus werde den Kommunen gerade in den nächsten Jahren eine Fülle an zusätzlichen Aufgaben und Ausgaben zugewiesen, wie etwa der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul-kinder sowie Investitionen in Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmeplanung. Als massive Belastung erwiesen sich Krankenhäuser, da Städte enorme Defizite ausgleichen müssten.

Aus Sicht des Städtetagschefs ist eine Aufstockung von jähr-

lich wiederkehrenden Finanzausgleichsleistungen dringend erforderlich. Ein gutes Instrument seien Schlüsselzuweisungen. Eine Stärkung der Verbundmasse im allgemeinen Steuerverbund gebe den Kommunen mehr finanzielle Planungssicherheit und Flexibilität.

### Starker FAG gefordert

Für 2024 brauche es einen starken kommunalen Finanzausgleich, der sich nicht auf den geringen Aufwuchs bei den Gemeinschaftssteuereinnahmen beschränken darf. „Der Freistaat muss gerade unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen mehr zusätzliche Mittel in das Finanzausgleichssystem geben, damit Kommunen handlungsfähig bleiben“, forderte Pannermayr und deutete harte (Fortsetzung auf Seite 4)



Schulden wären ja per se nichts Schlechtes; sie könnten wirtschafts- und fiskalpolitisch sogar höchst vernünftig sein. „Aber“, so kommentiert Pino das Urteil des BVerfG, „dann bitte ehrlich und offen“ S. 11

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Heimat ist mehr als ein Gefühl . . . . .	2
Herbst-Justizministerkonferenz: Bayerische Initiativen. . . . .	2
Bayerischer Tourismustag 2023. . . . .	3
GZ-Kolumne Eva Weber: Alle sind gefragt: „Nie wieder“ ist jetzt! . . . . .	3
Kulturpreis Bayern . . . . .	3
Gerlach: Bund muss Kliniksterben verhindern . . . . .	4
Fakten zur Asyl- und Flüchtlingsunterbringung . . . . .	4
Kommunale Energiethemen • Abfall . . . . .	5-8
Schulungen • Katastrophenschutz . . . . .	9
Aus den bayerischen Kommunen. . . . .	9-12

Staatsminister Albert Füracker:

# Heimat ist mehr als ein Gefühl

Forschungsprojekt und neue Förderbescheide für Heimatprojekte

Anlässlich der Veröffentlichung erster Ergebnisse des von der Technischen Hochschule Nürnberg durchgeführten Forschungsprojekts „Heimat – mehr als ein Gefühl“ zeigte sich Heimatminister Albert Füracker erfreut darüber, dass der ländliche Raum geprägt ist durch ein hohes soziales Miteinander und einen guten Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger. Jetzt gelte es, sich weiter gemeinsam für die Heimat Bayern zu engagieren.

Das Forschungsprojekt „Heimat – mehr als ein Gefühl“ wurde als ein Ergebnis des im März 2022 breit angelegten „Zukunftsdialoogs Heimat.Bayern“ initiiert und ist als Heimatprojekt eine Maßnahme der Heimatstrategie „Offensive.Heimat. Bayern 2025“, die langfristig und zukunftsorientiert zur Stärkung der bayerischen Heimat beitragen soll. In insgesamt drei Bürgerbefragungen und vier Vertiefungsprojekten werden bis Frühjahr 2026 Erkenntnisse über den sozialen und demografischen Zusammenhalt in ländlichen Regionen Bayerns gesammelt.

## Sozialer Zusammenhalt

Die Studie kommt zum Ergebnis, dass der soziale Zusammenhalt stärker ist als oft angenommen. Die Vorstellung, dass sich Gruppen der Bevölkerung, z. B. alte und junge Menschen, Alt-ingesessene und Neuzuzogene, in ihren Einstellungen, Interessen und Beziehungen konträr und feindselig gegenüberstehen, werden durch die Ergebnisse der Befragung nicht gestützt. Unstimmigkeiten und Konflikte sind eher punktuell und spalten die Bevölkerung im ländlichen Raum nicht in polarisierte Lager. Vielmehr gibt es in den genannten Gruppen von einer Mehrheit der Befragten ein deutliches Interesse an einem Miteinander.

Zudem wollen die meisten Befragten an ihrem Wohnort leben bleiben, wenn die Bedingungen dafür stimmen. Dies gilt ganz besonders für junge Menschen, die aber oft befürchten, nicht bleiben zu können.

## Innovative Projekte

Da Heimat nicht nur live vor Ort gelebt und erlebt wird, ist es Minister Füracker auch ein großes Anliegen, innovative und fachübergreifende Heimatprojekte mit Schwerpunkt Digitalisierung zu unterstützen. Aktuell erhalten der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge und der Landkreis Hof für digitale Heimatprojekte jeweils 300.000 Euro aus der Heimat-Digital-Regional-Förderrichtlinie.

„Die Energie- & Macher-Region Fichtelgebirge“, eine auf wirtschaftliche Akteure zugeschnittene Image- und Informationskampagne mit digitalem Tool, soll das Image des Fichtelgebirges als „Macherregion“ manifestieren, d.h. Potenziale und Möglichkeiten der Region in Bezug auf Innovation, Wirtschaftskraft und den „Wunsiedler Weg“ der Energiewende aufzeigen. Durch neue digitale Matching- und Kommunikations-Funktionen sollen Unternehmen aktiviert und vernetzt sowie neue Unternehmenskooperationen geschaffen werden. Ziel ist es außerdem, Fachkräfte digital in regionale Unternehmen zu vermitteln, für Zuzug zu werben und die heimische Jugend zum Bleiben in der Region anzusprechen.

## Innen- und Außenwahrnehmung

Das neue Projekt „Dein perfekter Tag im Hofer Land“ des Landkreises in Kooperation mit der Stadt Hof soll helfen, die Innen- und Außenwahrnehmung des Hofer Landes zu optimieren. Mithilfe eines speziell programmierten Konfigurator sollen maßgeschneiderte Ausflüge für die unterschiedlichsten Zielgruppen im Hofer Land zusammengestellt werden. Das Tool „Dein perfekter Tag im Hofer Land“ wird künftig auf der Webseite <https://www.hofer-land.bayern/> zu finden sein. Es informiert tagesaktuell über Angebote der Region aus den Bereichen Freizeit, Natur und Kultur und gibt auch einen Überblick über Eintrittspreise, Öffnungszeiten, spezielle Veranstaltungen und vieles mehr. Durch die Eingabe ausgewählter persönlicher Daten sowie der Definition von Zielgruppen erhält jeder Interessierte mittels „lernender Algorithmen“ ein individuell auf ihn zugeschnittenes Tagesprogramm. So lässt sich das Hofer Land völlig neu entdecken. Bereits seit 2019 begünstigt das bayerische Heimatministerium sowohl Heimatprojekte mit Schwerpunkt Digitalisierung als auch Projekte zur Stärkung regionaler Identität in Bayern.

Beide Förderungen wurden zur Heimat-Digital-Regional-Förderrichtlinie fortentwickelt. Bislang wurden insgesamt 53 Projekte mit rund 15 Millionen Euro unterstützt.

## Förderrichtlinien

Die Förderung richtet sich insbesondere an Bezirke, Landkreise und kreisfreie Städte sowie

## Herbst-Justizministerkonferenz 2023:

# Erfolgreiche bayerische Initiativen

Als erneut „wichtige rechtspolitische Ideenschmiede“ hat sich nach Auffassung von Bayerns Justizminister Georg Eisenreich, zugleich Sprecher der unionsgeführten Länder, die jüngste Justizministerkonferenz in Berlin erwiesen. Im Zentrum standen der Kampf gegen Hass und Hetze, Maßnahmen gegen Jugendgewalt und die Herausforderungen der Digitalisierung.

Die Justizministerinnen und -minister befassten sich insbesondere mit dem Schutz jüdischen Lebens in Deutschland und der Welt. Der Botschafter des Staates Israel, Ron Prosor, und der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, waren am Rande der Konferenz zu Gast. Einstimmig verurteilten die Minister die Gewalttaten des antisemitischen Terrors der Hamas gegen Israel und sendeten mittels einer Resolution ein klares Signal, dass antisemitische Straftaten in Deutschland konsequent verfolgt werden.

## Reformvorschläge aus dem Freistaat

Erneut brachte der Freistaat Bayern laut Eisenreich zahlreiche Reformvorschläge ein, die eine Mehrheit gefunden haben. So setzt sich die Justizministerkonferenz auf Initiative Bayerns für eine konsequente Strafverfolgung ein. Nach Jahren des Rückgangs nimmt die Gewaltkriminalität von Jugendlichen wieder zu, laut Polizeilicher Kriminalstatistik deutschlandweit im Jahr 2022 um 11,9 Prozent gegenüber dem Jahr 2019, in Bayern um 17,1 Prozent.

Bundesjustizminister Buschmann wird darum gebeten, eine Studie zu den Ursachen der gestiegenen Kinder- und Jugendgewalt in Auftrag zu geben und auf deren Grundlage zu prüfen, ob gesetzliche Änderungen erforderlich sind. Eisenreich zufolge sollen durch Prävention einerseits und eine frühzeitige Intervention andererseits Straftaten im Leben junger Menschen vermieden werden. Ein großer Teil der schweren und wiederholten Taten werde durch eine kleine Gruppe von Intensivtätern und aus Gruppen heraus verübt. Jugendliche Intensivtäter müssten frühzeitig gestoppt werden.

„Keine Straftaten im Namen des Klimaschutzes!“ lautet eine weitere Forderung Eisenreichs. Zwar sei der Kampf gegen den Klimawandel ein existenzielles Thema für die Menschheit, jedoch könnten Straftaten im Namen des Klimaschutzes nicht hingenommen werden. Das Strafrecht biete grundsätzlich bereits ausreichende Möglichkeiten zur Ahndung von Straftaten bei Störaktionen.

Gleichzeitig ist auch der Schutz von Unbeteiligten, die zum Beispiel bei Störungen des Betriebs von Flughäfen oder der Behinderung von Rettungsfahrzeugen erheblich betroffen und gefährdet sein können, ein wichtiges Anliegen des bayerischen Justizministers: „Ein kleiner Teil der Letzten Generation gefährdet die Gesundheit und das Leben anderer Menschen.

an Vereine und Stiftungen. Auch kleinere digitale Heimatprojekte von Vereinen, Stiftungen, steuerbegünstigten Unternehmergesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die ebenso einen wertvollen Beitrag zur Gestaltung der Heimat leisten, können von der Förderung profitieren. Die maximale Förderung pro Projekt beträgt 300.000 Euro bei Fördersätzen von bis zu 90 Prozent. Ausführliche Informationen zu den Fördermodalitäten der Heimat-Digital-Regional-Förderrichtlinie (HDRFÖR) unter [www.regionen.bayern.de](http://www.regionen.bayern.de).

GZ

Akademie

GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unser nächster Termin steht fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

## Krisenprävention

12. Dezember 2023, 14:00 – 16:30 Uhr

Keine Kommune kommt ohne Krisen aus. Krisen müssen aber nicht in Katastrophen führen. Wie sind Krisen aufgebaut und was kann man im Vorfeld tun, um sich bestmöglich vorzubereiten? Das Seminar zeigt Modelle und Vorgehensweisen und lässt Lösungen aufscheinen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: [www.bayerisches-infrastrukturforum.de](http://www.bayerisches-infrastrukturforum.de)

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

## Hiobsbotschaft für die Branche

Ministerin Kaniber zur Entscheidung der Bundesregierung zur Mehrwertsteuer in der Gastronomie

Bayerns Tourismusministerin Michaela Kaniber bezeichnet die Pläne der Bundesregierung, die Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie zum Anfang des Jahres 2024 wieder auf 19 Prozent anzuheben, als Schlag ins Gesicht einer ganzen Branche: „Die Entscheidung der Ampelkoalition ist ein folgenschwerer Fehler. Er richtet sich gegen die tausenden Betriebe im Gastgewerbe und ihre Millionen Beschäftigten, die jetzt um ihre Existenz bangen müssen. Wider besseres Wissen treibt man Betriebe in die Insolvenz und legt die Axt an unzähligen Arbeits- und Ausbildungsplätzen an. Das ist wirtschaftspolitischer Irrsinn!“

Besonders besorgt zeigt sich die Ministerin auch über die gesellschaftlichen Folgen des Beschlusses: „Es geht hier nicht nur um eine steuerpolitische Entscheidung. Es geht hier darum, gesellschaftliche Teilhabe weiter zu ermöglichen. Essengehen darf nicht zum Luxus werden. Das Familienfest, der Stammtisch, der gemeinsame Abend mit Freunden – all das muss bezahlbar bleiben. Aber die Folgen sind noch viel weitreichender: Auch Metzger, Bäcker, Landwirte und viele andere in der Ernährungsbranche werden das zu spüren bekommen. Ländlicher Raum und Innenstädte werden darunter leiden. Die Entscheidung der Bundesregierung ist dramatischer Beleg für eine kurzsichtige Politik.“

Dass Kanzler Scholz seiner Ankündigung, die Absenkung der Mehrwertsteuer beizubehalten, keine Taten hat folgen lassen, sei irritierend. Ministerin Kaniber: „Auf das Wort des Kanzlers ist in der Ampel offensichtlich nur noch darin, wie man Vertrauen verspielt und der Wirtschaft weiter schadet.“

Buschmann aufgefordert, den Entwurf dringend in zwei Punkten nachzubessern. Eisenreich zufolge bringt der DSA insgesamt Fortschritte im Kampf gegen Hasskriminalität. Beim Melden und Löschen strafbarer Inhalte drohten jedoch Schutzlücken, die der Bundesjustizminister so weit wie möglich beseitigen muss. Mit dem Krieg in Israel habe der Antisemitismus in Deutschland neuen gefährlichen Nährboden erhalten. Deshalb sei es höchste Zeit, die Plattformbetreiber noch stärker in die Pflicht zu nehmen.

„Mehr Rechtssicherheit bei der Modernisierung von urheberrechtlich geschützten Gebäuden“ lautet ein weiterer Appell. Nicht nur Gemälde oder Musikstücke, auch Bauwerke können urheberrechtlichen Schutz genießen. Bei solchen „Werken der Baukunst“ drohen immer wieder rechtliche Streitigkeiten oder kostspielige Bauverzögerungen. Grund: Wer ein solches Gebäude umbauen möchte, muss zuvor die Zustimmung des Architekten oder von dessen Erben einholen, um rechtlich auf der sicheren Seite zu sein. Das Urheberrecht erlischt erst 70 Jahre nach dem Tod des Architekten.

Laut Eisenreich dienen Häuser einem Gebrauchszweck und müssen wandelnden Bedürfnissen angepasst werden können. Deshalb hat die Justizministerkonferenz vor drei Jahren auf Initiative Bayerns eine Arbeitsgruppe zu dem Thema eingesetzt. In ihrem Abschlussbericht empfiehlt sie mehrere Änderungen im Urheberrecht, um mehr Rechtssicherheit bei der Modernisierung von urheberrechtlich geschützten Gebäuden zu schaffen. Änderungen zur Verwirklichung des Gebrauchszwecks sollen demnach in der Regel zulässig sein, rein ästhetische Änderungen dagegen nicht. Der Bundesjustizminister wird gebeten, die Empfehlungen der Arbeitsgruppe umzusetzen.

## Neue Tierheim-Förderrichtlinie

Die Förderung von Tierheimen in Bayern wird deutlich erweitert. Jetzt treten die entsprechenden Änderungen der Neuauflage der bayerischen Tierheim-Förderrichtlinie in Kraft.

Laut Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber stehen in diesem Jahr rund 2 Millionen Euro für die Tierheim-Förderung bereit. „Das bedeutet mehr Geld, weniger Bürokratie und einen echten Mehrwert für den Tierschutz“, so der Minister. Er dankte den Menschen vor Ort, die sich in Bayern mit großem Einsatz für den Tierschutz engagieren.

Der Freistaat gibt Zuschüsse für Bau- und Sanierungsvorhaben sowie Ausrüstung und Ausstattung von Tierheimen ebenso wie zur Vermittlung von Heimtieren an Privathaushalte und Vorhaben zur Eindämmung der Anzahl hunderter Hauskatzen. Mit der neuen Tierheim-Förderrichtlinie wurden die Fördermöglichkeiten deutlich erweitert und vereinfacht. Beispielsweise sind Bau- und Sanierungsarbeiten künftig auch dann förderfähig, wenn sie nur mittelbar zur Verbesserung der Unterbringung von Heimtieren dienen. Dadurch können auch Bau- und Sanierungsarbeiten von Lager- und Waschräumen bezuschusst werden. Zudem sind nun auch Neu- und Anbauten von Tierheimen förderfähig. Auch die Fördermöglichkeiten von Ausgaben für Ausrüstung und Ausstattung von Tierheimen wurden aufgenommen, so dass größere Geräte wie Waschmaschinen oder Geschirrspüler und Ausstattungen für Quarantäne- und Krankenstationen gefördert werden können.

Die Richtlinie sowie Antragsunterlagen werden auf der Homepage der Regierung von Oberfranken zur Verfügung gestellt, verfügbar über folgenden Link [www.stmuv.bayern.de/tierheimfoerderung.htm](http://www.stmuv.bayern.de/tierheimfoerderung.htm).

## Wir gratulieren

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Angstl  
84109 Wörth a.d. Isar  
am 25.11.

Bürgermeister Ludwig Lang  
92283 Lauterhofen  
am 28.11.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hermann Nafziger  
82152 Planegg  
am 23.11.

Bürgermeister Rudolf Radlmeier  
84079 Bruckberg  
am 3.12.

Bürgermeister Günter Gamisch  
86676 Ehekirchen  
am 3.12.

Bürgermeister Klaus Friegel  
89435 Finningen  
am 6.12.

Bürgermeisterin Susanne Feller  
91719 Heidenheim  
am 6.12.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Armin Luther  
96152 Burghaslach am 5.12.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfram Thein  
96126 Maroldsweisach  
am 28.11.

Bürgermeister Markus Reichart  
88178 Heimenkirch  
am 29.11.

### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin  
Dorina Jechnerer  
91567 Herrieden  
am 4.12.

### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Martin Schwandner  
92555 Trausnitz  
am 28.11.

Bürgermeister Steffen Malzer  
97645 Ostheim v. d. Rhön  
am 6.12.

## Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerischer Tourismustag 2023:

## Geglückter Neustart

Neue Tourismusministerin Michaela Kaniber unterstreicht die Bedeutung der Branche

Eine positive Bilanz des vergangenen Sommers zog die neue Tourismusministerin Michaela Kaniber bei der Eröffnung des Bayerischen Tourismustags 2023. Von Juni bis August 2023 besuchten ihren Angaben zufolge 12,8 Millionen Gäste den Freistaat und sorgten für 33,8 Millionen Übernachtungen. Damit wurde bei den Gästeankünften das Niveau des Vorjahrs mit einem Plus von rund 4,4 Prozent deutlich übertroffen und ungefähr das Vor-Corona-Niveau von 2019 erreicht (-0,16 Prozent). Im Jahr 2022 betrug die Gesamtwirtschaftsleistung der Tourismusbranche in Bayern 47,5 Mrd. Euro und sicherte damit fast 600.000 Arbeitsplätze.

Die Ministerin zeigte sich überzeugt, dass sich die gute Bilanz mit Blick auf die Wintersaison fortsetzen werde: „Die Zukunft verspricht überwiegt. Ich denke, wir können optimistisch auf die Herbst-Winter-Saison blicken. Unsere Destinationen warten mit einem vielfältigen Angebot für jeden Geldbeutel auf. Sie sind im nationalen und internationalen Wettbewerb hervorragend aufgestellt. Bayern und seine Regionen punkten mit Authentizität, Regionalität und Herzlichkeit.“ Die Ministerin sieht Möglichkeiten die Digitalisierung weiter voranzutreiben: „Die Menschen müssen wissen, ob es sich lohnt z.B. nach Neuschwanstein zu fahren oder ob es schon zu voll ist.“ Auch beim Thema Fachkräftemangel in der Tourismus- und Gastronomiebranche sieht sie Kreativität gefragt: „Die Jammerei muss aufhören. Wir brauchen schnelle Visa-Verfahren und in Bezug auf Arbeitszeiten eine praktikable Lösung.“

### Bedeutende Leitökonomie

Die neue Zuständigkeit ist für Kaniber eine folgerichtige Entscheidung. Denn als eine der bedeutendsten Leitökonomien schaffe der Tourismus Beschäftigung und Wohlstand in vielen Regionen Bayerns, gerade auch im ländlichen Raum. „Die Branche ist daher in unserem Ministerium bestens aufgehoben. Wir hatten schon in der Vergangenheit enge Berührungspunkte. Jetzt kommen viele neue Themen hinzu. Die bayerische Tourismuspolitik kommt damit künftig aus einer Hand. So können wir Synergien nutzen, um den Tourismus in Bayern sowie seine Destinationen zu stärken und zukunftsfest aufzustellen“, sagte Michaela Kaniber über den neuen Zuschnitt ihres Ministeriums. Um die ökonomische und gesellschaftliche Bedeutung des Tourismus zu unterstreichen, sei er auch in den Namen des Ministeriums aufgenommen worden. „Diese wichtige Branche und ihre Akteure haben diese Aufwertung und Sichtbarkeit verdient!“, so Kaniber.

### Wertschöpfung vor Ort

Für Barbara Radomski, Geschäftsführerin der Bayern Tourismus Marketing GmbH, ist es ein gutes Zeichen, dass das Ministerium „Tourismus“ nun auch im Namen trägt: „Der Tourismus bringt Bayern große Möglichkeiten. Er schafft Arbeitsplätze, sorgt für lokale Wertschöpfung und Infrastruktur. Er erhält die Natur und verbessert nachweislich die Lebensqualität der Einheimischen. Tourismusorte haben mehr Restaurants und Freizeitangebote, eine bessere ÖPNV-Anbindung und eine gute Struktur in der Nah- sowie Gesundheitsversorgung. Eine Investition in den Tourismus ist eine Investition in die Bevölkerung.“

Dr. Michael Braun, Vorstand des Tourismusverbands Ostbayern, sprach die Herausforderungen der bayerischen Heilbäder an. Diese Einrichtungen wurden doppelt getroffen. Erst von Corona und dann von der Energiekrise. 2019 sei zwar noch nicht wieder erreicht, so der Exper-

te. Da aber 20 bis 25 Prozent aller Übernachtungen in den Heil- und Thermalbädern stattfinden, lohne sich das Anstoßen eines Transformationsprozesses,



Staatsministerin Michaela Kaniber. Bild: Judith Schmidhuber, StMELFT

denn „Heilbäder ermöglichen Ganzjahrestourismus.“

Bernhard Joachim, Geschäftsführer des Tourismusverbands Allgäu/Bayerisch-Schwaben und Oswald Pehel, Geschäftsführer von Tourismus Oberbayern München repräsentierten die „Südschiene“ und freuen sich auf den Winter. Beide sind zuversichtlich, dass es genug Schnee geben wird. Beide berichten, dass der Verkauf für Saisonkarten überdurchschnittlich gut angelaufen ist: „Wir sind mit der Entwicklung sehr zufrieden“, so Joachim und Pehel ergänzt: „Aber wir haben früh angefangen, nicht nur auf Alpinski zu setzen.“ Trotzdem seien Investitionen in Beschneiungsanlagen und Förderprogramm für Seilbahnen sinnvoll und richtig.

Angelika Schäffer, Geschäfts-

führerin des Tourismusverbands Franken, fasst die Entwicklung des Tourismus in Franken mit einem einzigen Wort zusammen: „Prima!“. Es konnten fast 500.000 Übernachtungen mehr als 2019 verzeichnet werden und auch die Aufenthaltsdauer hat sich verlängert.

Dem Tourismus, so die Ministerin, komme in der neuen Legislaturperiode eine besondere Bedeutung zu: „Der Koalitionsvertrag ist ein klares Bekenntnis zu einem starken Tourismus in Bayern. Künftig wird es in der Tourismuspolitik noch stärker darum gehen, die Bedürfnisse von Gästen, Einheimischen und Betrieben in Einklang zu bringen. Ein nachhaltiger Tourismus steigert die Attraktivität einer Destination, trägt zur wirtschaftlichen Vielfalt bei und festigt die Identifikation der Menschen mit ihrer Heimat. Wir werden deshalb den Tourismus und das Gastgewerbe als Garanten für Gastfreundschaft und Lebensfreude weiter nach Kräften stärken.“

### Sieben Prozent für Gastro müssen bleiben

Gegenüber der Ampel-Koalition in Berlin formulierte Kaniber eine klare Forderung: „Es muss bei der siebenprozentigen Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie bleiben. Denn die Lage ist nach wie vor herausfordernd. Die Betriebe leiden ebenso wie ihre Gäste unter den weiter steigenden Kosten. Der Staat darf jetzt nicht zum zusätzlichen Kostentreiber werden. Mit der ganzen Familie essen gehen muss auch künftig noch bezahlbar bleiben. Unsere Wirtschaft sind Kulturgut und wichtiger sozialer Treffpunkt. Sie machen Bayern lebens- und liebenswert. Wir müssen sie fördern und dürfen sie nicht bestrafen! Deshalb sage ich der Branche meine uneingeschränkte Unterstützung für einen Erhalt der abgesenkten Mehrwertsteuer zu.“ Als einer ihrer ersten Amtshandlungen in diesem Bereich hat sie gleich letzte Woche ein entsprechendes Schreiben an die Bundesminister Robert Habeck und Christian Lindner geschickt. CH

## Kulturpreis Bayern

**Vielfalt, ernste und unterhaltende Töne und vor allem hohe Wertschätzung für die Menschen in Kunst und Wissenschaft prägen die Verleihung des diesjährigen Bayerischen Kulturpreises in den Münchener Eisbach Studios. In Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst zeichnet die Bayernwerk AG seit 2005 jedes Jahr Künstler und Wissenschaftler mit dem Preis aus.**

Er soll herausragende Leistungen von Künstlerinnen und Künstlern, Kulturschaffenden und jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern würdigen, die mit ihrem Wirken die Kultur und Wissenschaft Bayerns bereichern. Neben den von einer Fachjury ausgewählten Kunstpreisträgerinnen und -preisträgern werden Doktorandinnen und Doktoranden sowie Absolventinnen und Absolventen der bayerischen Kunsthochschulen, Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften ausgezeichnet.

### Würdigung und Dank

„Der Kulturpreis Bayern öffnet uns immer wieder die Augen, wie reichhaltig uns Künstlerinnen und Künstler mit ihrem Wirken beschenken. Und das jeden Tag. Sie sind da, wenn wir Unterhaltung suchen. Sie mahnen uns, achtsam zu sein. Sie stehen für Offenheit. Sie bringen uns zum Nachdenken, zeigen uns den Ernst des Lebens. Sie bringen uns zum Lachen. Sie erhalten Kunst und entwickeln sie weiter. Die Aufzählung könnte man ewig fortführen. Kunst macht unsere Gesellschaft lebendig. Vor dieser Leistung ha-

ben wir großen Respekt. Der Kulturpreis Bayern ist eine Würdigung und ein Dank dafür gleichermaßen“, betonte Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG.

### Bereicherung und Inspiration

Bayerns Kunst- und Wissenschaftsminister Markus Blume versicherte: „Bayern ist stolz auf seine kulturelle Vielfalt und auf die Künstlerinnen und Künstler, die sie gestalten. Ihre Werke sind Bereicherung, Inspiration und Anstoß zum Nachdenken. Die Preisträgerinnen und Preisträger sind Botschafter unseres Freistaats, der so facettenreich und einzigartig ist wie seine Künstlerinnen und Künstler. In der Musik, Literatur, bildenden und darstellenden Kunst erblüht die kulturelle Seele Bayerns in all ihrer Pracht. Herzlichen Dank!“

Adidal Abou-Chamat setzt sich als deutsch-syrische Künstlerin in ihren Fotoarbeiten, großformatigen Rauminstallationen, Skulpturen/Objekten sowie Videoarbeiten mit kultureller Identität, Postkolonialismus, Migration, Rassismus und Genderfragen, sowie den psychischen Auswirkungen von Krieg und Gewalt künstlerisch auseinander.

GZ

KOLUMNE  
Eva Weber

Liebe Leserinnen und Leser,

der perfide Terroranschlag der Hamas auf Israel erschüttert uns. Und während wir abends fassungslos vor der Tagesschau sitzen und den neuesten Meldungen aus Nahost lauschen, bestürzt die aktuellen Push-Nachrichten auf dem Handy checken und die Bilder, die uns über die sozialen Medien erreichen schier nicht mehr aushalten, schlägt der geopolitische Konflikt in der Mitte unserer Stadtgesellschaft auf.

In meiner Stadt haben die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger eine Zuwanderungsgeschichte. Nicht Köln, nicht Berlin, sondern Augsburg hat eine so bunte Stadtgesellschaft, wie sonst nur wenig deutsche Städte. Wir haben gemeinsam über viele Jahrzehnte gelernt, miteinander gut zu leben. Und doch bin ich nicht naiv. Schon



Projekte und Initiativen aufgesetzt, die sich der Prävention von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit widmen. Auf diese Netzwerke, Erfahrungen und Ergebnisse können wir nun zurückgreifen. Die Herausforderung besteht nun darin, dass es mit Projekten und wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht getan ist. Wir müssen ins konkrete, aktive, zielgerichtete und vor allem zügig beginnende Tun kommen. Wir haben in Augsburg deswegen eine Arbeitsgruppe aus verschiedenen Dienststellen ins-

talliert. Der Arbeitsauftrag lautet: Erarbeitung eines städtischen milieuübergreifenden Programms zur Prävention und Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Gleichzeitig stelle ich mir aber die Frage: Warum schweigen so viele? Im vergangenen Jahr, als Russland die Ukraine völkerrechtswidrig überfallen hat, gingen in Berlin 100.000 Menschen aus Solidarität mit den Ukrainerinnen und Ukrainern auf die Straße. In diesem Jahr, als zu einer Solidaritätskundgebung für Israel aufgerufen wurde, kam nach offiziellen Angaben gerade mal ein Zehntel vor dem Brandenburger Tor zusammen. Nur 10.000 Menschen, die sich an diesem Tag offen zu Israel bekannt haben. Nur 10.000 Menschen, die im Angesicht unserer Geschichte die aktuellen Entwicklungen auch in unserem Land für demonstrationswürdig hielten.

Die schweigende Mehrheit in unserem Land beschämt mich. Aber ich bin davon überzeugt, dass die allermeisten Menschen in unserer Stadt hier gemeinsam in Frieden leben wollen. Um diese anzusprechen und abzuholen haben wir mit „Wir alle sind Augsburg“ ein Kommunikationsdach geschaffen, das ein Wir-Gefühl in der Stadt erzeugen soll und somit niederschwellig einen Beitrag zum Stadtfrieden leisten kann, ohne sich im aktuellen Nahost-Konflikt auf eine Seite schlagen zu müssen, sondern die eigene Stadt im Blick zu haben. Vielleicht eine Idee, die auch in anderen Städten Fuß fassen kann. Denn wir alle sind gefragt. „Nie wieder“ ist jetzt!

### Ihre Eva Weber

Stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern  
Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg

## Wir alle sind gefragt! Denn „nie wieder“ ist jetzt!

vor dem 7. Oktober haben mir Schülerinnen und Schüler über Diskriminierung und Rassismus auf dem Schulhof berichtet. Schon vor dem 7. Oktober gab es gläubige Menschen, die sich ungern mit Hijab oder Kippa im öffentlichen Raum zeigten. Schon vor dem 7. Oktober warnte die israelitische Kultusgemeinde vor verstärkten antisemitischen Aktivitäten. Doch seit dem 7. Oktober liegt das Thema offen auf dem Tisch. Die ausdrücklich bekundete Solidarität mit Israel wird in Teilen der Stadtgesellschaft offen abgelehnt, Jüdinnen und Juden erzählen mir von ihrer Angst, islamische Gemeindeglieder befürchten in einen Topf mit der Hamas gesteckt zu werden und über allem schwebt die Frage: Wie können wir hier in Augsburg weiterhin miteinander gut in Frieden leben?

Die gute Nachricht vorneweg: Wir haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten viele

### Sparte Musik

Ein würdiger Preisträger ist der Chefdirigent der Bamberger Symphoniker Jakob Hruša. Er ist zudem regelmäßig zu Gast bei den bedeutendsten Orchestern der Welt und Erster Gastdirigent bei der Tschechischen Philharmonie und der Accademia Nazionale di Santa Cecilia in Rom. Ab September 2025 wird er Musikdirektor des Royal Opera House in London. Bei den deutschen Opus Klassik-Preisen 2023 wurde Jakob Hruša zum Dirigenten des Jahres gekürt.

Ein weiterer Preisträger sollte die Hip-Hop Band „dicht & ergreifend“ sein. Während der Festveranstaltung lehnten die drei Männer die Entgegennahme des Preises und des Preisgeldes jedoch ab. Dass sie einen Eklat suchen könnten, hätte man vielleicht schon im Vorfeld ahnen können, denn sie waren dafür gelobt worden, dass sie „im Gewand brachialer Beats politisatorische Lyriks verpacken“. Den großen Auftritt ließen sie sich nicht entgehen. Ihr Eklat war freilich von kurzer Dauer.

### Falk spendet an Sternstunden

Die Autorin hat mit ihren in dem fiktiven Ort Niederkaltenkirchen spielenden „Provinzkrimis“ den Dorfpolizisten Franz Eberhofer zum Leben erweckt und landete damit mehrmals in der Spiegel-Bestsellerliste. Das mit dem Kulturpreis Bayern verbundene Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro spendet Rita Falk an Sternstunden e.V.

### Bildende Kunst / Engagement

Der Bildhauer und Bronzgießer Bruno Wank feiert als Künstler große Erfolge. Gemeinsam mit seiner Frau Michaela schafft

er jedoch auch eine Bühne für die nationale und internationale Kunst und bereichert so die Kulturlandschaft. Beide gründeten 2010 in einer alten Käseverpackerei in Görisried die „VerpackereiGö“, eine Konzept-, Installations- und Ausstellungshalle. Sie bietet nationalen und internationalen KünstlerInnen eine hilfreiche Plattform, um ihre Ideen auszuleben und Kunstwerke auszustellen.

### Sonderpreis für Hanitzsch

Der Münchner Karikaturist Dieter Hanitzsch erhielt den diesjährigen Sonderpreis des Kulturpreises Bayern. „Gut – besser – Dieter Hanitzsch: Mit spitzer Feder und viel Humor fängt Dieter Hanitzsch in seinen Karikaturen die Essenz bayerischer Landespolitik ein“, betonte Kunstminister Markus Blume bei der Preisverleihung. „Als Zeichnender Journalist, überragender bildlicher Kommentator und Weltillustrator hat er sich in seiner bayerischen Heimat und weit darüber hinaus einen Namen gemacht. Ich freue mich sehr, Dieter Hanitzsch als zugewandtestes bayerisches Original mit dem Sonderpreis des Kulturpreises Bayern auszuzeichnen.“

### Von Mensch zu Mensch

Der Kulturpreis Bayern wurde in diesem Jahr zum 19. Mal verliehen. Er geht in seinen Wurzeln auf das Jahr 1959 zurück. Das Energieunternehmen Bayernwerk schafft den Rahmen für die bayerische Kunst- und Wissenschaftsauszeichnung, die in enger Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst verliehen wird. „Der Kulturpreis Bayern zeigt jedes Jahr aufs Neue, welchen Bei-

trag Kunst und Wissenschaft für Mensch und Gesellschaft leisten. Im Mittelpunkt aller Arbeiten stehen immer die Menschen. Mit großem Respekt vor dieser Leistung zeichnen wir jedes Jahr Menschen aus Kunst und Wissenschaft aus, die mit ihrem Wirken unser Leben bereichern und verändern“, betonte Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG. Der Kulturpreis Bayern ist in der Sparte Kunst mit 5.000 Euro und in der Sparte Wissenschaft mit 2.000 Euro dotiert.

### Bereicherung der Kultur und Wissenschaft Bayerns

Der mit insgesamt 96.000 Euro dotierte Kulturpreis Bayern soll herausragende Leistungen von Künstlerinnen und Künstlern, Kulturschaffenden und jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern würdigen, die mit ihrem Wirken die Kultur und Wissenschaft Bayerns bereichern. In der gleichnamigen Sparte geht der Kulturpreis Bayern an 33 Absolventinnen und Absolventen bayerischer Hochschulen und Universitäten. Sie wurden jeweils von der Hochschule, Universität oder Kunsthochschule ausgewählt, an der sie ihre Abschlussarbeit eingereicht haben.

„33 neue Sterne am bayerischen Forschungshimmel: Die Preisträger beleben mit ihrem Ideenreichtum unseren Wissenschaftsstandort. Hier zeigt sich: Unsere Hochschulen sind Talent- und Innovationschmieden. Allen Absolventinnen und Absolventen wünsche ich das Beste für ihren Lebensweg. Machen Sie weiter so – Sie sind die Zukunft unseres Landes“, rief der Bayerische Kunst- und Wissenschaftsminister Markus Blume den jungen Talenten zu. □

## Illegale Migration ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
halb Europas möglich sind. Geprüft werden soll, ob die Feststellung des Schutzstatus von Geflüchteten unter Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention künftig auch in Transit- oder Drittstaaten erfolgen kann.

### Soziale Pullfaktoren reduzieren

In einer ersten Stellungnahme zu den Beschlüssen des Migrationsgipfels betonte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstfeldbruck: „Die Abschaffung von Geldleistungen und die gleichzeitige Einführung eines Bezahlkartensystems für Sachleistungen für Asylbewerber sind ebenso wie die Senkung der Sozialleistungen durch eine Ausweitung der Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wichtig, um soziale Pullfaktoren zu reduzieren. Außerdem wird der sogenannten verdeckten Entwicklungshilfe durch Überweisungen in die Heimatländer der Garau gemacht. Man hätte das Niveau der Sozialleistungen aber verschärft angehen müssen, indem man über die Höhe der Asylbewerberleistungen an sich diskutiert hätte. Im europaweiten Vergleich sind wir zu großzügig“, konstatierte der Verbandspräsident.

Karmasin zufolge war der Freistaat Bayern bei der Asylunterbringung schon bisher ein verlässlicher Partner der Kommunen. Enttäuschend sei die komplette Vernachlässigung der

Rolle von Bund und Ländern bei der Unterbringung insgesamt. Schnelle Entlastung würden die Kommunen vor allem dadurch erfahren, wenn Flüchtlinge so lange in von Bund und Land geschaffenen zentralen Einrichtungen verbleiben müssten, bis ihre Bleibeperspektive geklärt wäre. In der Fläche dürften nur solche mit erfolgreicher Perspektive ankommen. Auch sei unter anderem offenbar „keine Einigung zum Schutz und zur Sicherung unserer Grenzen sowie zur Durchführung von Asylverfahren in Drittstaaten“ gefunden worden, stellte der Landkreistagschef fest.

### Weitere Entscheidungen

„Die Beschlüsse der letzten Nacht sind ein Schritt in die richtige Richtung. Sie waren längst überfällig und müssen nun schnell umgesetzt werden. Allerdings werden sie allein nicht ausreichen, weitere Entscheidungen müssen folgen“, erklärte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr. Die erhöhte finanzielle Unterstützung des Bundes müsse ungekürzt und ohne Verzögerung durch den Freistaat für Versorgungsleistungen und Integrationsmaßnahmen der Kommunen bereitgestellt werden. Die gesetzliche Ausgestaltung der vereinbarten Kopfpauschale und das damit zusammenhängende atmende System seien gemeinsam und zeitnah mit den kommunalen Spitzenverbänden zu erarbeiten.

Zudem müsse sich in der Pra-

## Finanzieller Kollaps ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
Verhandlungen um den kommunalen Finanzausgleich an.

Generell wird aus seiner Sicht künftig in vielen Bereichen ein Umdenken erforderlich sein. Den Kommunen dürften nicht mehr laufend neue Aufgaben und Rechtsansprüche aufgebürdet werden, ohne dass die vollständige Übernahme der Sach- und Personalkosten gesichert ist. Außerdem sei dringend der Abbau bürokratischer Hürden erforderlich. Dies sei allein schon wegen des sich abzeichnenden Fachkräftemangels auch in den Kommunalverwaltungen unerlässlich. Und schließlich werden die Entscheidungssträger gezwungen sein, sich künftig verstärkt auf das Wesentliche zu fokussieren. Hier forderte der Präsident mehr Realitätsinn ein. Trotz guten Willens werde man den Kita-Ausbau und den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule aufgrund fehlenden Personals nicht umsetzen können. Um spätere Enttäuschungen zu vermeiden, müsse man Farbe bekennen und dem Bürger gegenüber ehrlich sein. Pannermayr wünschte sich einen neuen „Gesellschaftsvertrag“, der kläre, was eine Gesellschaft wirklich dringend benötigt.

### Nicht mehr im Einklang mit Verfassung und Gemeindeordnung

„Viele Kommunen sind am Ende ihrer Möglichkeiten“, betonte auch Augsburgs Oberbürgermeisterin Eva Weber. Zahlreiche gesamtgesellschaftliche Entwicklungen stimmen nicht mit der Verteilung der kommunalen Aufgaben überein, wie sie einst in der Bayerischen Verfassung und der Bayerischen Gemeindeordnung niedergelegt worden seien. „Wir brauchen daher mehr staatliche Hilfe und praxisnahe Förderverfahren“, forderte die schwäbische Rathauschefin.

Laut OB Dr. Christian Scharpf ist Ingolstadt bislang die einzige bayerische Großstadt, die keine Schulden aufweist. Jedoch habe sich die finanzielle Lage nun dramatisch zugespitzt. „Bis 2027 müssen wir im städtischen Haushalt 100 Millionen Euro einsparen, gleichzeitig steigt unsere Verschuldung von Null auf einen deutlich dreistelligen Millionenbetrag. Ein Ausgleich unseres Verwaltungshaushaltes wird nur mit deutlichen und spürbaren Leistungseinschränkungen möglich sein“, erläuterte Scharpf.

### Neue Haushaltsplanung

„Im Rahmen unserer Möglichkeiten steuern wir mit aller Kraft gegen diese Entwicklung und planen unseren Haushalt drastisch neu“, fuhr der OB fort. Frühzeitig seien umfassende Maßnahmen getroffen und umgesetzt worden, um kommunale Aufgaben und Ausgaben zu senken und den Haushalt zu konsolidieren, zum Beispiel schmerzliche Null-Runden beim Personal sowie interne Budgetvorgaben. Die jüngsten Schätzungen und internen Berechnungen zum Haushalt sowie zur Mittelfristplanung zeigten jedoch, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen werden.

„Wenn Bund und Freistaat hier nicht durch eine dauerhaft tragfähige Finanzierungsstruktur gegensteuern, werden die Kommunalhaushalte an die Wand fahren“, prognostizierte Scharpf: „Ausgeglichene Verwaltungshaushalte werden kaum noch möglich sein und die Spielräume der Kommunen werden immer weiter eingengt, bis nur noch Pflichtaufgaben verwaltet werden können. Es muss deshalb Schluss damit sein, dass Bund und Länder den Kommunen immer noch mehr Aufgaben ohne ausreichende Finanzierung aufbürden.“ **DK**

## Fakten zur Asyl- und Flüchtlingsunterbringung

Die bayerischen Asylbewerberunterkünfte (ANKER und Anschlussunterbringung) sind bei einer Gesamtkapazität von rund 130.600 Plätzen zu 96,2 Prozent ausgelastet (Stand 6. November 2023). Bereits zum Ende des dritten Quartals 2023 lag die Zahl der Asylbeanträge über den hohen Zahlen des Vorjahres. In den Monaten Januar bis Oktober 2023 wurden in Bayern 42.996 Asylanträge gestellt, davon 40.145 Erstanträge. Für die Asylbeanträge bedeutet dies eine Zunahme um 96,7 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Im Zeitraum 1. Januar bis 31. Oktober sind in diesem Jahr bundesweit die meisten Asylbeanträge durch Personen aus Syrien, der Türkei und Afghanistan gestellt worden. Bei türkischen Staatsangehörigen ist hier eine Steigerung um 200 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Betrachtet man die Zugänge der letzten Monate, die Dynamik weltweit Krisenherde sowie die Entwicklungen der Zugänge im Mittelmeerraum, wird es immer wahrscheinlicher, dass allein in Bayern ein Zugang von 50.000 Personen im Bereich Asyl überschritten wird (bundesweit rund 380.000 Zugänge).

Bayern hat dieses Jahr bisher insgesamt 1.711 Rückführungen durchgeführt (Stand 30. September, inklusive Dublin-Rücküberstellungen). Im Ländervergleich der absoluten Rückführungszahlen behauptet der Freistaat damit seinen zweiten Platz hinter dem wesentlich bevölkerungsreicheren Nordrhein-Westfalen und deutlich vor dem – hinsichtlich der Zahl der Ausreisepflichtigen – vergleichbaren Baden-Württemberg. Außerdem erfolgten bis zum Stichtag 30. September aus Bayern rund 8.000 freiwillige Ausreisen von abgelehnten Asylbewerbern, darunter 1.342 geförderte freiwillige Ausreisen. **DK**

xis zeigen, inwieweit die jetzt beschlossenen Maßnahmen tatsächlich greifen. Die Beschleunigung der Asylverfahren sei nötig, um Integrationsmaßnahmen für Bleibeberechtigte rechtzeitig einleiten zu können, etwa für Sprachkurse. Dies könne jedoch nur mit einer personellen Stärkung der Ausländerbehörden funktionieren. Bürokratieabbau, Digitalisierung und rechtliche Vereinfachungen im Asylverfahren seien für eine spürbare Beschleunigung unerlässlich. Ebenso schnell müssten Abschiebungen von ausreisepflichtigen Asylbewerbern vollzogen werden. Die angekündigten Leistungsbeschränkungen und die Prüfung der Verlagerung der Asylverfahren in Herkunft- oder Drittstaaten seien weitere wichtige Schritte hin zu einer regulierten Migration.

### Schnelle Umsetzung

„Entscheidend kommt es darauf an, dass es jetzt zu einer schnellen Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen kommt. Dazu gehören die Beschleunigung der Asylverfahren und die Ausweitung der Zeitspanne, bis Asylbewerber Bürgergeld beziehen, von 18 auf 36 Monate. Dies kann die Kosten nach Schätzungen um bis zu eine Milliarde Euro reduzieren“, hob der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, hervor.

Die Bereitschaft des Bundes, 7.500 Euro pro Jahr und Asylbewerber zu bezahlen, ist laut Brandl eine deutliche Entlastung für die Kommunen. Man dürfe sich allerdings nicht der Illusion hingeben, dass jetzt kurzfristig mit einem deutlichen Rückgang der Zugangszahlen zu rechnen ist. Weitere Rückführabkommen mit den Herkunftsländern müssten auf den Weg gebracht werden. „Leider gab es keine Einigung, weitere sichere Herkunftsländer zu definieren. Das ist unverständlich und ärgerlich“, mahnte der Gemeindetagspräsident an.

Inzwischen hat der bayerische Ministerrat beschlossen, im Frühjahr 2024 ein bayernweites Bezahlkartensystem für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einzuführen. Hiermit sollen Bargeldleistungen weitestgehend ersetzt werden. Die Bezahlkarte soll in allen ANKER-Zentren und auch in den Asylunterkünften der Anschlussunterbringung eingeführt werden, soweit dies nach den bundesrechtlichen Vorgaben möglich ist und Leistungen nicht bereits als Sachleistungen erbracht werden. Mit

der Bezahlkarte können die Leistungsberechtigten ähnlich einer „EC-Karte“ in Geschäften bezahlen. Dabei wird die Nutzung jedoch verschiedenen Einschränkungen unterliegen. So sollen beispielsweise keine Überweisungen oder online-Käufe möglich sein, der Einsatzbereich kann bei Bedarf geografisch beschränkt oder bestimmte Händlergruppen ausgeschlossen werden. Barabhebungen sind auf das rechtlich gebotene Minimum zu beschränken.

Nach Auffassung des Ministerrats bedarf es einer realistischen Integrationsgrenze für Deutschland, die sich am Leistungs- und Integrationsvermögen der Kommunen orientiert. Dazu müsse auch eine kluge Weiterentwicklung des Verfassungsrechts geprüft werden. Soweit möglich seien nationale Asylverfahren künftig in Drittstaaten durchzuführen. Um Asylverfahren zu beschleunigen, wird der Freistaat eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen. Dabei geht es vor allem darum, durch eine Ausweitung des Kreises „sicherer Herkunftsstaaten“ beispielsweise auf Algerien, Armenien, Indien, Marokko und Tunesien den Rechtsschutz auf das Eilverfahren zu konzentrieren. Denn Personen aus sicheren Herkunftsstaaten können nach für sie erfolglosem Abschluss des Eilverfahrens nach bereits geltender Rechtslage grundsätzlich abgeschoben werden.

### Bund in der Verantwortung

Der Bund steht laut Ministerpräsidentenkonferenz in der Verantwortung. Dies gelte vor allem für die Weiterentwicklung des Ausländerzentralregisters zu einer bundesweiten zentralen Plattform aller im Migrationsbereich tätigen Behörden und Gerichte. Gleichzeitig werde Bayern die Digitalisierung der Ausländerbehörden im engen Schulterschluss mit den Kommunalen Spitzenverbänden weiter forcieren.

Ein Meilenstein dafür ist die Entscheidung der Staatsregierung, die bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte mit einer einmaligen zweckgebundenen Integrations-, Asyl- und Digitalisierungspauschale in Höhe von 120 Millionen Euro zu unterstützen, wobei ein Anteil von mindestens 15 Prozent für Digitalisierung zu verwenden ist. Gleichzeitig fließen neun Millionen Euro in die Digitalisierung der staatlichen Ausländerbehörden. **DK**

Bayerns Gesundheitsministerin Gerlach und BKG:

## Bund muss Kliniksterben verhindern

Nötig sind sofortige Finanzhilfen der Bundesregierung für Krankenhäuser und Korrekturen an Reformplänen

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach und die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) drängen gemeinsam auf sofortige Finanzhilfen der Bundesregierung für die Krankenhäuser und auf Korrekturen an der Krankenhausreform. Gerlach betonte während eines Gesprächs mit der BKG-Vorsitzenden, Landrätin Tamara Bischof, und BKG-Geschäftsführer Roland Engehausen sowie Stellvertreterin Christina Leinhos: „Bundesgesundheitsminister Lauterbach muss jetzt endlich handeln und verhindern, dass es wegen Finanzierungslücken und Liquiditätsengpässen bei den Betriebskosten zu einem Kliniksterben kommt. Ohne Finanzhilfe des Bundes wird es aber genau dazu kommen.“

Bischof warnte: „Die Lage in den Kliniken und bei den Krankenhausträgern spitzt sich immer weiter zu. Die Frage nach Defizitausgleich und Existenzsicherung beherrscht derzeit die Diskussionen, weil die Inflation in den regulären Erlösen bisher nicht berücksichtigt ist. Die gute Versorgungsstruktur in Bayern gerade im ländlichen Raum ist jetzt durch die Verweigerungshaltung im Bund akut gefährdet. Spätestens nach Auslaufen des Hilfsfonds für Energiehilfen Ende April 2024 droht ein Scherbenhaufen. Dabei wäre es jetzt wichtig, dass sich die Krankenhäuser auf die Zukunft vorbereiten können, was aber durch die prekäre Finanzsituation derzeit nicht möglich ist. Damit gefährdet der Bund seine eigenen Reformpläne. Wir werden dagegen weiter protestieren.“

### Leistungsabbau über Insolvenzen

Engehausen erläuterte: „Bereits seit Jahren sind die Betriebskostenerlöse durch den Bund und Krankenkassen für eine stationäre Behandlung im internationalen Vergleich zu niedrig. Durch den fehlenden Inflationsausgleich seit 2022 wird von Monat zu Monat der völlig ungesteuerte Leistungsabbau über Insolvenzen und Marktattritte immer deutlicher, weil sich die Krankenhausträger keine unbegrenzten Defizitausgleiche leisten können. Der Irrweg einer kalten Strukturreinigung durch systematische Unterfinanzierung bei jeder einzelnen Krankenhausbehandlung muss beendet werden. Die geplante Krankenhausreform sollte dagegen bei den ambulanten Behandlungsmöglichkeiten am Krankenhaus, einer digital unterstützten Patientensteuerung und bei der Bürokratiebelastung nachgebessert werden, um Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Versorgung zukunftsicher machen zu können. Dazu gehört auch eine auskömmliche Investitionsfinanzierung, die die neue Landesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart hat. Daher muss jetzt auch der Bund bei den Betriebskostenerlösen handeln.“

### Notprogramm

Die Ministerin kritisierte: „Es ist absolut unverantwortlich, dass von der Bundesregierung die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser bis zum Eintreten der Krankenhausreform ausgeblendet wird. Es braucht jetzt ein Notprogramm für die Kliniken sowie eine dauerhafte Anpassung der Bundesregelungen zur Refinanzierung der Kostensteigerungen in den Krankenhäusern. Ich appelliere deshalb an den Bundesgesundheitsminister: Gehen Sie die strukturellen Finanzdefizite der Kliniken endlich an – nur dann kann die Krankenhausreform auch gelingen.“

Gerlach ergänzte: „Die bisher angekündigten Maßnahmen von Lauterbach sind unzureichend. Leidtragende sind nicht nur die Krankhasträger, son-

dern auch deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Patientinnen und Patienten. Das müssen wir vermeiden!“

Die Ministerin forderte zudem erneut Korrekturen bei der geplanten Krankenhausreform. Sie betonte: „Klar ist: Eine Krankenhausreform wird gebraucht. Allerdings darf die stationäre Versorgung in der Fläche durch eine Reform nicht gefährdet werden. Denn wir brauchen eine hochwertige und flächendeckende medizinische Versorgung auch auf dem Land.“

### Flächendeckende Versorgung sicherstellen

Gerlach ergänzte: „Wir als Länder benötigen bei der Zuweisung der geplanten Leistungsgruppen an Krankenhausstandorte Befreiheit, um Gefahren für die flächendeckende Versorgung im Einzelfall verhindern zu können. Deshalb muss es in der Beurteilung der Länder verbleiben, wo und in welcher Weise Ausnahmen von den Strukturanforderungen der Leistungsgruppen gemacht werden und in welchen Fällen die Strukturanforderungen auch in Kooperation unter verschiedenen Krankenhäusern erfüllbar sind. Schließlich sind auch sachgerechte Sonderregelungen für Fachkrankenhäuser unabdingbar, damit die Expertise dieser spezialisierten Einrichtungen weiterhin für die Patientinnen und Patienten zur Verfügung stehen kann.“ **DK**

## 20. Bundesweiter Vorlesetag

Scharf: „Lesen öffnet die Türen zu magischen Welten“

Bayerns Familienministerin Ulrike Scharf betonte anlässlich des bundesweiten Vorlesetags: „Lesen lässt uns in andere Welten fern unseres Alltags eintauchen. Neue Perspektiven werden eröffnet, es regt die Phantasie an, bildet und erweitert den Wortschatz. Es ist mir ein Herzensanliegen, bei unseren Kindern von klein auf die Begeisterung für Bücher und Geschichten zu wecken und Lesekompetenzen zu stärken. Lesen ist für unsere Gesellschaft auch im digitalen Zeitalter unverzichtbar.“

Scharf las am Vorlesetag Kindern in einer Grundschule vor. „Lesen und Vorlesen bringt uns zusammen. Bücher öffnen uns Türen zu magischen Welten, oft fernab des Alltags. Die gemeinsam erlebten Geschichten verbinden uns in besonderer Weise.“

Das Kuratorium der Stiftung Lesen setzt sich dafür ein, das Thema Lesen in möglichst viele Bereiche des Lebens zu integrieren und damit die Voraussetzung für bessere Bildungschancen zu schaffen. Gemeinsames Ziel ist es, dass alle Menschen lesen können und damit Zugang zu Bildung, Integration und beruflichem Erfolg haben. Informationen zur Leseförderung: [www.lesen.bayern.de/vorlesen/](http://www.lesen.bayern.de/vorlesen/) **DK**

Bayerischer Ministerrat:

## Kritik an Netzentwicklungsplan und Strompreispaket

Die Staatsregierung fordert den Bund zur Korrektur zentraler energiepolitischer Weichenstellungen auf. Dazu zählen laut Wirtschaftsminister Aiwanger unter anderem die Ignoranz der Bundesnetzagentur gegenüber bayerischen Bedürfnissen beim Netzentwicklungsplan Strom sowie das Strompreispaket der Bundesregierung, das keine substantielle Verbesserung vorzuweisen habe.

Zum Hintergrund: Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat am 8. September dieses Jahres die vorläufigen Prüfungsergebnisse zum Netzentwicklungsplan (NEP) Strom 2023 – 2037/2045 vorgelegt. Dieser blickt erstmals bis ins „Klimaneutralitätsnetz“ und stellt damit die Weichen für den Ausbau des Stromübertragungsnetzes bis 2045. In den Prüfungen der BNetzA werden die Planungen der Übertragungsbetreiber im Wesentlichen bestätigt, jedoch sieht die BNetzA Bedarf, zwei von den Übertragungsbetreibern vorgeschlagene HGÜ-Verbindungen von Norddeutschland nach Baden-Württemberg bzw. Sachsen mit 4 Gigawatt (GW) statt mit 2 GW zu planen. Weitere HGÜ-Kapazitäten zur Anbindung Bayerns über die aktuell in Planung/Umsetzung befindlichen Verbindungen SuedLink und SuedOstLink sind nach Aiwangers Angaben weder im NEP noch in den Ergebnissen der Bundesnetzagentur vorgesehen.

Bereits anlässlich des 1. Entwurfs des Netzentwicklungsplans hatte der Freistaat Kritik an den Annahmen geäußert. Nach wie vor werden Aiwanger zufolge unrealistisch hohe Stromimporte aus Österreich zu Grunde gelegt und der Strombedarf der bayerischen Industrie und für die Wasserstoffherstellung in Bayern unterschätzt. In der Konsequenz werde der Übertragungsbedarf von und nach Bayern im aktuellen NEP

zu gering angesetzt. Die Staatsregierung fordert daher weiterhin eine zusätzliche Hochspannungs-Gleichstrom-Kabelverbindung (HGÜ) von Norddeutschland nach Bayern. Diese würde zu erwartende Engpässe im Stromnetz wirksam reduzieren und sei auch volkswirtschaftlich vorteilhaft.

### Verpasste Chance

Mit Blick auf das kürzlich vorgelegte Strompreispaket verpasst die Bundesregierung aus bayerischer Sicht die Chance zur substantiellen Entlastung bei den Stromkosten. Zwar werde die Stromsteuer nun auch für das produzierende Gewerbe und nicht nur für energieintensive Unternehmen auf das europarechtliche Mindestmaß gesenkt, jedoch gingen Gastronomie, Handel und Vertrieb und auch alle Haushalte weiterhin leer aus, monierte Bayerns Energieminister.

Für die energieintensive Industrie soll die bestehende Strompreiskompensation um fünf Jahre verlängert und der Selbstbehalt abgesenkt werden. Eine Ausweitung der Liste der profitierenden Sektoren sei aber weiter nicht in Sicht. Dadurch blieben Glas- und Keramische Industrie weiter außen vor. Auch reichten diese vom Bund vorgelegten Vorschläge für große energieintensive Branchen wie die Chemie-Industrie nicht aus. Laut Aiwanger verlängern sie nur den Status-Quo und ver-

hindern einen noch höheren Anstieg. Ein Zuschuss für die Übertragungsnetzentgelte in Höhe von 5,5 Mrd. Euro für 2024 sei zwar richtigerweise in dem Paket enthalten, doch reiche auch dies noch nicht aus. „Hier braucht es weitere Entlastungen bei den Netzentgelten.“

Wie der Minister weiter mitteilte, sei der Planungshorizont des Strompreispaketes mit einer auf zwei Jahre gesicherten Finanzierung außerdem viel zu kurz, um nachhaltig Investitionsanreize in Deutschland und Bayern zu setzen. Um die Gefahr einer Deindustrialisierung des Standorts Deutschland wirksam zu bekämpfen, brauche es „eine längerfristige Planbarkeit für die Unternehmen und keine Wirtschaftspolitik nach Haushaltslage“. Die Staatsregierung setze sich daher weiterhin nachdrücklich für eine Senkung der Stromsteuer für alle und die Einführung eines zwar zeitlich befristeten, aber dennoch längerfristigen Wirtschaftsstrompreises ein.

### Erzeugung von Wasserstoff erleichtern

Mit einer Bundesratsinitiative will Bayern zudem die Erzeugung von Wasserstoff erleichtern. Mit der Bundesratsinitiative, die gemeinsam mit den Ländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Niedersachsen eingebracht wird, sollen bestehende Zulassungsverfahren für Elektrolyseure vereinfacht werden. Konkret will man erreichen, dass für Elektrolyseure mit einer elektrischen Nennleistung bis 5 Megawatt die immissionsrechtliche Genehmigungsbedürftigkeit entfällt. Damit würde aus Sicht der Staatsregierung ein wichtiger Beitrag zur Entbü-

rokratisierung geleistet und für gewerbliche Betreiber ein erheblicher Investitionsanreiz geschaffen. Gleichzeitig blieben eine umfassende Anlagensicherheit und hohe Umweltstandards gewahrt.

„Die Ausweitung der Erzeugung von Wasserstoff und seine zunehmende Verwendung als chemischer Rohstoff und Energieträger ist für Bayern ein zentraler Baustein für das Gelingen der Energie- und Wärmewende“, betonte Aiwanger. Wasserstoff könne mit Hilfe von Elektrolyseuren aus regenerativem Strom von Photovoltaik- oder Windkraftanlagen hergestellt werden. Vor allem dezentrale Elektrolyseure seien dabei wichtig, um Wasserstoff verbrauchsnahe vor Ort zu produzieren und nutzen zu können.

Geht es nach dem Minister, so sollen Elektrolyseure bei steigenden Anteilen an erneuerbaren Energieträgern in den kommenden Jahren einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Stromnetze leisten. Dabei habe die Wasserstoffherstellung durch Elektrolyse von Wasser wesentlich geringere Umweltauswirkungen als die Erzeugung in konventionellen Wasserstoffanlagen.

Um das für den Freistaat und die bayerische Wirtschaft wichtige Hochfahren der Wasserstoffwirtschaft schnell, effizient und praxistauglich zu gestalten, sind Änderungen des Bundesrechts erforderlich. Der Bund wird deshalb durch die Bundesratsinitiative aufgefordert, sich im Rahmen der aktuellen Trilogverhandlungen zur Industrieemissionsrichtlinie der EU für entsprechende mögliche Genehmigerleichterungen bei der Einstufung von Elektrolyseuren einzusetzen. **DK**

## Ökologie und Wasserkraft an großen Gewässern

Experten diskutieren über Rahmenbedingungen und Best Practice-Beispiele für blühende Dämme und Deiche

Wie lassen sich Ökologie und Wasserkraft an großen Gewässern vereinen? Um diese Frage zu beantworten, wurde 2018 eine Dialog-Reihe ins Leben gerufen. Sie bildet einen wichtigen Baustein für die Umsetzung des Eckpunktepapiers „Nachhaltige Wasserkraftnutzung an staatlichen Gewässern in Bayern“, das die Bayerische Staatsregierung und die großen Wasserkraftbetreiber in Bayern 2008 vereinbart hatten. Vor kurzem fand im Rahmen dieser Dialog-Reihe bereits zum dritten Mal ein Workshop statt.

Experten aus der Wasserkraftbranche, der Wissenschaft sowie Vertreter von Fachbehörden der Wasserwirtschaft sowie dem amtlichen Naturschutz und Naturschutzverbänden trafen sich im Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg. Der Fokus des ganztägigen Workshops lag auf dem Thema „Blühende Dämme - Technische Rahmenbedingungen, Ökologische Ziele und Best Practice“.

### Anlagensicherheit

Zentrales Thema waren die technischen Notwendigkeiten zur Anpassung und Pflege von Dämmen und Deichen sowie die ökologischen Anforderungen und Potenziale. „Entlang des Donauabschnitts begleiten über Hunderte von Kilometern Dämme und Deiche die großen Gewässer. Diese technischen Bauwerke erfüllen eine wichtige Aufgabe im Hochwasserschutz. Um die Sicherheit der Anlagen zu gewährleisten und Damm- oder Deichbrüche zu verhindern, gibt es umfangreiche technische Regelwerke“, erklärte Michael Bohlinger, Geschäftsführer von LEW Wasserkraft. Neben der Sicherungsfunktion hätten

sich die Dämme und Deiche dank einer langfristigen und extensiven Dampfpflege zu einem blühenden Band entwickelt, das verschiedene Habitate vernetzt. Unterschiedlichste Arten von Flora und Fauna fänden hier einen gemeinsamen Lebensraum, wie Michael Bohlinger weiter erläuterte.

Im Workshop lag der Fokus am Vormittag auf den technischen Vorgaben der Damm- und Deichpflege für Anlagensicherheit und den Hochwasserschutz. Auch bestehende Verordnungen und Leitfäden zur Umsetzung des Naturschutzrechts wurden analysiert. Am Nachmittag diskutierten die rund 100 Teilnehmer über die praktischen Möglichkeiten und Grenzen bei der Damm- und Deichpflege. Auch einige Best Practice-Beispiele wurden vorgestellt, wie zum Beispiel das Projekt „LIFE Riverscape Lower Inn“, bei dem es um die Entwicklung hochwertiger Wiesen zur Förderung der Biodiversität an Dämmen und Deichen geht. Zwischen den jeweiligen Fachvorträgen blieb den Teilnehmern ausreichend Zeit, um sich auszutauschen und über die vorgestellten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Erfahrungsberichte zu diskutieren. **□**

VKU zum verabschiedeten Wärmeplanungsgesetz:

## Sichere Finanzierung dringend notwendig

Der Deutsche Bundestag hat in zweiter und dritter Lesung das Wärmeplanungsgesetz (Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze – WPG) verabschiedet. Die Koalitionsfraktionen haben den Regierungsentwurf an entscheidenden Stellen noch maßgeblich verbessert, so der Verband kommunaler Unternehmen (VKU). Doch Wermutstropfen bleiben: So bleiben etwa die Finanzierung der Wärmeplanung sowie auch die Förderung für den Aus- und Umbau der Fernwärme weiterhin unzureichend. Angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts appelliert der VKU, die Förderung der Fernwärme solide und auskömmlich zu finanzieren.

Dazu VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing: „Mit dem Wärmeplanungsgesetz bekommt die Wärmewende endlich ihr Fundament. Künftig gilt der sinnvolle Grundsatz: erst die Wärmepläne und Netze, dann die Heizungen. Insbesondere die Fernwärme bekommt mit den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen noch einmal kräftig Schub. Davon werden vor allem die Bürgerinnen und Bürger profitieren, in deren Wohngebieten sich Fernwärme als die bestmögliche Wärmeversorgungsart bei der Wärmeplanung ihrer Kommune herauskristalisieren wird.“

### Wichtige Änderungsanträge

Vor allem in vier Punkten seien die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen für den Aus- und Umbau der Fernwärme wichtig, führte Liebing weiter aus: „Fernwärme wird zum überragenden öffentlichen Interesse erklärt, und Beschränkungen bei der Nutzung von unvermeidbarer Abwärme aus der Müllverbrennung werden zurückgenommen. Damit

kann die Wärme, die bei der Müllverbrennung entsteht, ressourcen- und klimaschonend in vielen Kommunen für die Emissionsminderung in den Wärmenetzen eingesetzt werden. Dafür hatte sich der VKU stark gemacht.“

### Mehr Technologieoffenheit

Zudem nehme die Koalition zu restriktive Vorgaben beim Einsatz von Biomasse in mittelgroßen Wärmenetzen zurück und berücksichtige den Planungsvorlauf bei neuen Wärmenetzen, indem sie mehr Zeit gibt, um die Zielvorgabe von 65 Prozent Erneuerbaren bzw. unvermeidbarer Abwärme in neuen Wärmenetzen zu erreichen. Ähnlich wie beim GEG sorgten die Parlamentarier somit für mehr Pragmatismus und mehr Technologieoffenheit.

„Größter Wermutstropfen ist und bleibt aber leider die unzureichende Finanzierung, die auch noch durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungswidrigen Finanzierung des Klima- und Transformationsfonds von der Haushaltssperre

betroffen ist und ab sofort auf Eis liegt“, so Liebing: „Der beste Plan nützt wenig, wenn das Geld zur Umsetzung fehlt.“

Gerade die Wärmenetzbetreiber benötigten Sicherheit bei der Finanzierung, weil Planung, Finanzierung und Bau von Infrastrukturprojekten der Daseinsvorsorge lange Vorlaufzeiten haben: „Was 2030 stehen soll, wird jetzt geplant und kalkuliert – und geht in der Regel nicht ohne Förderung.“

„Wir begrüßen zwar, dass die Bundesregierung im aktuellen Haushalt bis 2027 bereits 1 Mrd. Euro mehr für die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) einplant. Dennoch brauchen wir eine Ausfinanzierung mit mindestens 3 Mrd. Euro pro Jahr bis 2035. Wer klare Ausbauziele hat, muss auch für die Umsetzung und deren Finanzierung sorgen“, machte der Hauptgeschäftsführer deutlich.

### Vollbremsung für den Fernwärmeausbau

Aus seiner Sicht bedeutet die Haushaltssperre im KTF für das Bundesprogramm BEW eine Vollbremsung für den Fernwärmeausbau. Hier sei eine schnelle Lösung und sichere Finanzierung nötig. „Wir appellieren an die Ampel, das BEW-Förderprogramm auskömmlich und dauerhaft zu finanzieren und bei nächster Gelegenheit für eine gesetzliche Absicherung zu sorgen. Jetzt kommt es auf die richtigen Prioritätensetzungen an.“ **□**



## WIR FÖRDERN ENERGIESCHAFFEN UND ENERGIESPAREN

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in regenerative Energien und höhere Energieeffizienz. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 089/21 24 - 10 00

[www.lfa.de](http://www.lfa.de)

Beratung.  
Finanzierung.  
Erfolg.

**Lfa** Förderbank  
Bayern

schwaben netz:

## Gründungsmitglied bei H2-Lokal-Jetzt

Unter dem Motto „H2-Lokal-Jetzt“ gründen elf Energieversorger der Thüga-Gruppe eine Wasserstoff-Initiative. Die Ziele der neuen Thüga H2-Plattform sind: Wissenstransfer betreiben, Synergien heben und insbesondere durch die Initiierung lokaler Projekte den Wasserstoffhochlauf für die Energie- und Wärmewende vor Ort einleiten.

Da sich der Wasserstoffhochlauf in Deutschland noch in der Frühphase befindet und entsprechend von Unsicherheiten geprägt ist, haben sich elf Unternehmen der Thüga-Gruppe und die Thüga Aktiengesellschaft nun in Form einer strategischen Kooperation zusammengeschlossen, der so genannten Thüga H2-Plattform.

Ziel dieser Plattform ist es, Wissenstransfer zu betreiben, Synergien zu heben und insbesondere durch die Initiierung lokaler Projekte den Wasserstoffhochlauf für die Energie- und Wärmewende vor Ort einzuleiten. Die Geschäftsführer und Vorstände der beteiligten Unternehmen verkündeten Ende Oktober in München feierlich die gemeinsame Initiative und bekräftigten den Bedarf nach mehr Zusammenarbeit unter dem Motto H2-Lokal-Jetzt. Neben der strategischen Zusammenarbeit liegt ein Schwerpunkt auf der operativen Projektarbeit.

### Kräfte bündeln für regionalen H2-Hochlauf

René Schoof, Geschäftsführer schwaben netz, 100-prozentige Unternehmenstochter von energie schwaben, betont: „Unsere Verteilnetze sind bereits zu 95 Prozent wasserstofftauglich. Zurzeit arbeiten wir an der Umsetzung erster konkreter Anwen-

dungsfälle im Wärmemarkt – also Wasserstoff für den Heizungsbetrieb. Die neue Plattform ermöglicht einen intensiven Erfahrungsaustausch unter den Partnerunternehmen, die damit noch bessere Voraussetzungen bekommen, um Wasserstoff-Projekte weiterzuentwickeln und marktfähig zu machen.“

Die Geschäftsführer und Vorstände der Energieversorgungsunternehmen sind sich einig: „Wir sind verantwortlich für die Daseinsvorsorge in unseren Regionen. Die Versorgungssicherheit sowie eine rasch umsetzbare, für den Klimaschutz wirksame und vor allem bezahlbare Energie- und Wärmewende ist für uns von zentraler Bedeutung. Um sie voranzutreiben, werden wir zu aktiven Gestaltern der H2-Wirtschaft.“

Dr. Christoph Ullmer, Leiter des Kompetenzzentrums Innovation bei der Thüga Aktiengesellschaft, erklärt: „Charakteristisch für Frühphaseninnovationen ist, dass Technologien noch nicht vollständig ausgereift sind, eine hohe Marktdynamik vorherrscht und politische Leitplanken meist noch in der Entstehung sind. Dem begegnen wir mit dem Zusammenschluss gemeinsamer Ressourcen. In die H2-Plattform werden wir künftig unsere gebündelten Kompetenzen einbringen, um konkrete H2-Projekte zu konzipieren, Fördermit-

tel zu beantragen und den Wasserstoffhochlauf auf regionaler Ebene aktiv zu beschleunigen.“

„Damit dies gelingt, vernetzen wir auch regionale Forschungsinitiativen, Industrie, Gewerbe, Verbände sowie die kommunalen Institutionen und Entscheidungsträger und konzentrieren uns im aktuellen Marktstadium vor allem darauf, die einzelnen Pilotprojekte zu Ökosystemen zu verbinden“, sagt Béatrice Angley, Leiterin des Bereichs Frühphaseninnovationen bei der Thüga Aktiengesellschaft.

### Grüner Wasserstoff ist wichtig für die Umsetzung der Energie- und Wärmewende

Für eine erfolgreiche Energie- und Wärmewende auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 in Deutschland beziehungsweise 2040 in Bayern sind eine Vielzahl an Maßnahmen notwendig. Bei der Dekarbonisierung von fossilem Erdgas kommt grünem Wasserstoff eine wichtige Rolle zu, denn er ist klimaneutral und kann lokal erzeugt werden. Zudem leistet Wasserstoff als flexibel einsetzbarer Energiespeicher einen Beitrag zur Netzstabilität, insbesondere in Zeiten von Überkapazitäten bei den Erzeugungsanlagen der Erneuerbaren Energien.

Ein weiterer entscheidender Vorteil von Wasserstoff: Mit den bestehenden Gasnetzen der regionalen Energieversorgungsunternehmen existiert bereits eine leistungsfähige Transport- und Verteil-Infrastruktur. Die Gasnetze können als integraler Bestandteil einer europäischen Wasserstoffinfrastruktur fungieren. Mit der H2-Plattform leisten die teilnehmenden Unternehmen der Thüga-Gruppe einen aktiven und wertvollen Beitrag zum Gelingen der Energie- und Wärmewende. □



Insgesamt elf Energieversorger gründeten gemeinsam die neue Plattform H2-Lokal-Jetzt. René Schoof, Geschäftsführer schwaben netz (4.v.l.), vertritt die energie schwaben Gruppe bei der offiziellen Gründung. Bild: energie schwaben gmbh

## Kommunale Wärmeplanung und kalte Nahwärme

### 9. Treffen des Energieeffizienz-Netzwerks für Kommunen im Oberland

Bürgermeister Hubert Oberhauser begrüßte die Kolleginnen und Kollegen sowie die Netzwerkbeauftragten der Kommunen im Rathaus Egling zum 9. Netzwerktreffen des Energieeffizienznetzwerks für Kommunen im Oberland. Wärme ist der große Hebel für die Energieeffizienz im Oberland. Durch das neue Gesetz zur Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung kommen auch auf Städte und Gemeinden im Oberland neue Verpflichtungen zu. Das Treffen widmete sich daher der Ausgestaltung der Wärmeplanung und präsentierte mit dem Thema „kalte Nahwärme“ eine Lösung für Neubaugebiete.

Mit dem 1. Januar 2024 setzt die Bundesregierung das von der EU beschlossene Wärmeplanungsgesetz in ein Bundesgesetz um und verpflichtet damit die Bundesländer, dieses in Landesrecht umzusetzen.

Gunnar Maaß von der Arbeitsgemeinschaft Fernwärme (AGFW) erläuterte im Vortrag, welche Schritte auf die Kommunen zukommen. Er wies darauf hin, dass Kommunen bereits bestehende Wärmekonzepte mit einbeziehen können. Stefan Drexelmeier vom Kompetenzzentrum Energie der Energiewende Oberland betonte, „Einige der teilnehmenden Kommunen haben mit uns schon einen Energienutzungsplan erstellt, wovon viele Daten für die kommunale Wärmeplanung mit aufgenommen werden können.“

„Solange es noch kein verpflichtendes Landesgesetz zur kommunalen Wärmeplanung gibt, wird diese durch Förderprogramme zu 90 Prozent gefördert. Diese Mittel sollten genutzt werden“, so appellierte Gunnar Maaß von der AGFW (Arbeitsgemeinschaft Fernwärme) an die Vertreter und Vertreterinnen, so schnell wie möglich mit der kommunalen Wärmeplanung zu beginnen. Das Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV) und das Kompetenzzentrum der Energiewende Oberland können die Kommunen hierbei unterstützen. „Das INEV hat deutschlandweit bereits über 100 Kommunen bei der Beantragung von Fördermitteln für die kommunale Wärmeplanung unterstützt und führt derzeit für mehrere Kommunen die Wärmeplanung durch. Gemeinsam mit den Kommunen setzen wir so ein starkes Zeichen für eine nachhaltige Energiewende“, so Prof. Dr. Dominikus Bückler vom Institut für nachhaltige Energieversorgung.

Wärmenetze sind eine Möglichkeit, in Zukunft eine klimaneutrale Versorgung zu gewährleisten. Um diese Wärme bereitzustellen, werden nachhaltige Brennstoffe eingesetzt. Eine energieeffiziente Alternative bietet der Aufbau eines kalten Nahwärmenetzes, beispielsweise in Neubaugebieten. Andreas Wimmer von alpha innotec und Rainer Kappeler vom Ingenieurbüro K12 gaben einen Einblick, für welche Bereiche sich kalte Nahwärme als Versorgungslösung anbietet. Im Vergleich zu konventionellen

Wärmenetzen funktionieren kalte Netze auf einem niedrigeren Temperaturniveau. Das bedeutet, dass statt 70 °C warmes Wasser nur bspw. 26 °C warmes Wasser durch die Leitungen an die Gebäude verteilt wird. In den Gebäuden wird die Temperatur mit Wärmepumpen auf Heizniveau angehoben.

Gemeinsam sind 12 Gemeinden und Städte sowie der Landkreis Miesbach angetreten, um 1.727 Tonnen CO2 und 2.403 MWh Endenergie im Rahmen des Energieeffizienznetzwerks einzusparen. Die Bandbreite der Maßnahmen

geht über Wärmeversorgungs-konzepte auf Basis erneuerbarer Energien, energieeffiziente Straßenbeleuchtung, Energiemanagement für kommunale Liegenschaften, Photovoltaikanlagen auf gemeindlichen Dächern bis hin zu Freiflächenanlagen und vielem mehr.

Eine besonders innovative PV-Freiflächenanlage besuchten die Teilnehmer im Anschluss an das Treffen am Ortseingang von Egling. Die von der Firma Vispirion konzipierte und im Bau befindliche Anlage mit einer Leistung von 6,1 MW bietet den Bürgerinnen und Bürgern von Egling die Möglichkeit, sich finanziell zu beteiligen. Das Besondere an der Anlage ist, dass vor Ort auch ein Speicher installiert wird, der in den Mittagsstunden Strom aufnimmt, um ihn in den Abend- und Morgenstunden wieder abzugeben. Dadurch wird das regionale Stromnetz entlastet. □

## Aiwanger begrüßt Plan für nationales Wasserstoff-Kernnetz

Der schnelle und kosteneffiziente Aufbau eines deutschlandweiten Wasserstoff-Kernnetzes ist laut Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger wesentliche Voraussetzung für den weiteren Wasserstoffhochlauf. „Deshalb ist es gut, dass der Bund nun die Weichen dafür stellt und auch bei der Finanzierung einen konkreten Vorschlag gemacht hat, damit die Netzbetreiber ihre Planungen vorantreiben können“, erklärte der Minister.

Dass die im Freistaat vorgetriebenen Projekte von gemeinsamem Interesse (PCI-Projekte) der Open Grid Europe und der bayernets sowie die Leitung der Ferngas von Thüringen und Sachsen nach Nordostbayern im Kernnetz berücksichtigt werden, bewertet der Staatsminister als positiv: „Nur so lässt sich der Transport der künftigen bayerischen Wasserstoffbedarfe u.a. in der Chemieindustrie, bei Raffinerien und für die Glas- und Papierherstellung von Anfang an sichern. Allerdings bleiben wichtige Regionen beim Kernnetz noch außen vor. Hier muss es schnell einen weiteren Netzausbau geben.“

### Für regional ausgewogene Kernnetz-Planung

Nachbesserungsbedarf sieht Aiwanger auch bei der Anbindung an internationale Importrouten von Wasserstoff: „Das H2-Kernnetz muss mit diversifizierten Transportrouten aus dem Norden wie aus dem Süden die strategische Bedeutung der Versorgungssicherheit abbilden. Eine regional ausgewogene und von Beginn an vorausschauende sowie ausreichend dimensionierte Kernnetz-Planung mit Einbettung in einen europäischen Wasserstoff-Backbone ist unerlässlich.“

Bayern verfügt über leistungsstarke Importpunkte aus dem südlichen Wasserstoffkorridor aus Österreich, Italien und Nordafrika kommend.“

### Mittelstand nicht benachteiligen

Zudem fordert Bayerns Energieminister zwingend die Anbindung von H2-ready Kraftwerken und Wasserstoffspeichern im Wasserstoff-Kernnetz. Aiwanger: „Das sichert auch zukünftig die Stromversorgung und gewährleistet zugleich einen zuverlässigen Stromnetzbetrieb. Hier fehlen noch wichtige Weichenstellungen vom Bund.“ Bislang zu wenig berücksichtigt seien auch die Wasserstoffbedarfe von Industrie und Gewerbe auf Verteilnetzebene. „Berlin muss sicherstellen, dass diese Bedarfe sehr zeitnah in die weiteren Planungen zum nationalen Wasserstoffnetz einfließen können. Unser Mittelstand darf bei der klimaneutralen Energieversorgung nicht benachteiligt werden“, appellierte Staatsminister Aiwanger.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatte die Pläne der Bundesregierung vorgestellt, bis 2032 in Deutschland ein Wasserstoff-Kernnetz mit Anbindung aller großen Industriestandorte zu errichten. □

Wasserstoff - der klimaneutrale Alleskönner

## Wir machen das Gasnetz fit für grünen Wasserstoff

**energie schwaben**

# Die Zukunft des Photovoltaik-Ausbaus liegt bei den Gemeinden

Ausbau Erneuerbare Energien: Aktuelle Situation

Viele Kommunen möchten den Photovoltaik (PV)-Ausbau voranbringen, um die hoch gesteckten Klimaziele zu erreichen. Doch die personellen Ressourcen, das Know-how und das Budget sind oft begrenzt. Flächeneigentümer, Unternehmen sowie Bürger sind wegen der Komplexität, sich ändernder Regularien und stark variierender Preise verunsichert. Daher begleitet power2nature Stadt- und Gemeindeverwaltungen sowie Unternehmen und Flächenbesitzer in den Kommunen beim PV-Ausbau und den konkreten Projekten.

Die Kommune ist dabei die zentrale Schnittstelle zum Ausbau erneuerbarer Energien auf den Dach- und Freiflächen. Zudem hat die Kommune bei Freiflächen außerhalb der Privilegierung die Planungshoheit im Genehmigungsprozess. Am Anfang eines gezielten PV-Ausbaus stehen die Abstimmungen zwischen Bürgermeister:in, Stadt-/Gemeinderat und Verwaltung. Im ersten Schritt werden Gemeinde-, Kita-, Schul- oder Sporthallen-Dächer mit PV belegt. Danach gehen die Kommunen meist entweder den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik oder den gleichzeitigen Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik und PV auf Dachflächen an.

## Ablauf und Nutzen des Freiflächen-PV-Projekts

Zunächst sollte für jede Kommune eine Standortanalyse individuell erstellt werden. Als Fol-

ge werden geeignete PV-Freiflächenstandorte unter Berücksichtigung von u.a. Bau- und Naturschutzrecht sowie Landschaftsplanung identifiziert. In der Regel werden diese gemeinsam diskutiert und analysiert, um geeignete Cluster zu bilden und einen Flächen-Flickenteppich zu vermeiden.

Flächeneigentümer sollten Infoveranstaltungen über mögliche Chancen und Risiken von PV auf dem eigenen Feld angeboten werden. Daraufhin wird eine Entscheidung der interessierten Eigentümer getroffen, ob sie selbst in PV investieren oder die Flächen verpachten möchten, beispielsweise an eine Bürgergenossenschaft. Bei Verpachtung gibt es oft Beteiligungsmöglichkeiten für die Flächeneigentümer, aber auch Bürger/innen der Kommune. Im Zuge des Bauleitplanverfahrens werden die benötigten Pläne und Gutachter beauftragt.

Ein Ingenieurbüro wie power2nature begleitet die Gemeinde und die Flächeneigentümer vom ersten Beschluss bis hin zur baulichen Umsetzung des Projekts.

Der Aufwand lohnt sich aus Nachhaltigkeitsicht: Ein exemplarisches Projekt, das 0,3 Prozent der Gemeindefläche einnimmt und rechnerisch 2.800 Haushalte versorgt, bringt eine Einsparung von 4.000 Tonnen CO<sub>2</sub>. Zudem wird Biodiversitäts-PV sowie Agri-PV immer lohnender und erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Auch finanziell lohnt sich eine PV-Freiflächen-Anlage für die Kommune: Viele Betreiber zahlen die 0,2 Cent je Kilowattstunde – gemäß §6 EEG – an die Kommune. Bei der Gründung einer GmbH & Co.KG wird in der Regel 90 Prozent der Gewerbesteuer am PV-Standort fällig.

## PV-Ausbaumaßnahmen für Dachanlagen von Unternehmen

Gemäß einer Analyse des Bundesverbandes Solarwirtschaft vom 27.06.23 lag der Zielerreichungsgrad bei installierter Photovoltaik im Gewerbebereich 2022 erst bei 20 Prozent des Zielwerts für 2026. Daher wird der PV-Ausbau z.B. in Gewerbegebiete-

ten in den kommenden Jahren deutlich relevanter.

Bei Dachflächen steht Informieren ebenso im Zentrum. Insbesondere bei Unternehmensdächern wie Lager- oder Produktionshallen kann es schnell komplex werden, sowohl technisch als auch wirtschaftlich. Hier ist eine neutrale, zielgerichtete Planung für die Unternehmen elementar.

Unternehmensdächer bieten ein großes, ungenutztes Potenzial für die kommunale CO<sub>2</sub>-Neutralität. Gewerbegebiete mit 50-100 Unternehmensdächern sind in vielen Kommunen noch relativ wenig mit PV belegt, oft nur zu 10-20 Prozent. So ergeben sich teils Potenziale von 20-50MW auf Unternehmensdächern in Kommunen. Durch gemeinsame Investition in die Netzinfrastruktur (z.B. Trafostationen, Kabeltrassen) lassen sich hohe – teilweise sechsstelligen Beträge – aufteilen und die Wirtschaftlichkeit für den Einzelnen steigt signifikant. Auch bei Unternehmensdächern wird empfohlen, sich von lokalen oder regionalen Installationsbetrieben Angebote einzuholen, um a) einen Marktüberblick zu erhalten, und b) die heimische Wirtschaft zu stärken.

Die langjährige Kooperation von power2nature mit der Gemeinde Forstinning zeigt, wie engagierte Gemeinden den PV-Ausbau gezielt vorantreiben können. Rupert Ostermair, Bürgermeister von Forstinning, fasst die Zusammenarbeit wie folgt zusammen: „Mit Unterstützung von power2nature konnten wir in unserer Gemeinde die installierte PV-Leistung in weniger als vier Jahren verzehnfachen. Mit power2nature kommt Forstinning dem Ziel klimaneutral zu werden einen guten Schritt näher.“

„Energie-Atlas Bayern“:

## Kompaktes Wissen rund um die Energiewende

Regierung der Oberpfalz lud zur virtuellen Vorstellung des zentralen Informationsportals

Regensburg. Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer – darunter zahlreiche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von Oberpfälzer Kommunen sowie Vertreter von Behörden – informierten sich bei einer Online-Veranstaltung der Regierung der Oberpfalz über aktuelle Entwicklungen und Erfahrungen zum Thema Erneuerbare Energien und Windkraft. Im Fokus: der Energie-Atlas Bayern, das zentrale Informationsportal rund um das Thema Energiewende, Energiesparen, Energieeffizienz steigern und Erneuerbare Energien ausbauen.

Das große Interesse unterstreicht den hohen Stellenwert den das Thema Energiewende in den Oberpfälzer Kommunen einnimmt, stellte Regierungspräsident Walter Jonas in seiner Begrüßung fest: „Unsere Kommunen sind die entscheidenden Akteure, um die Energiewende voranzubringen. Sie sind besonders gefordert – als Träger der Regionalplanung, der Bauleitplanung, bei Genehmigungsverfahren und als Schnittstelle zu den Bürgerinnen und Bürgern.“

### Projektbegleitung vonnöten

Die Begleitung von Projekten vor Ort und der Dialog seien sehr wichtig. „Denn die Energiewende kann nur gelingen, wenn wir sie alle gemeinsam gestalten.“ Die Regierung der Oberpfalz steht den Kommunen dabei als Ansprechpartner zur Seite. „Unser Ziel ist es, möglichst umfassend zum Thema Energiewende zu informieren.“ Dazu wurde von der Stabsstelle Energiewende eine Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen.

Im Zentrum der aktuellen Ver-

anstaltung stand der Energie-Atlas Bayern. Das Portal stellt Kommunen, Bürgern und Unternehmen Ideen und interaktive Werkzeuge zur Verfügung, mit denen sie die Energiewende voranbringen können. Zudem informiert der Energie-Atlas Bayern im Bereich Strom gemeindefach über den aktuellen Stand der Energiewende in Bayern. Auf besonderes Interesse der Teilnehmenden stieß die Möglichkeit der 3D-Visualisierung von PV- und Windkraftanlagen.

### Inhalte und Funktionalität

Referenten vom Ökoenergieinstitut Bayern (ÖIB) beim Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) informierten über Inhalte und Funktionalitäten des Portals. Die thematische Tiefe und Vielfalt an Daten und Kartenmaterial beeindruckte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie nutzten auch die Gelegenheit zur Diskussion über mögliche Verbesserungen, damit sich der Energie-Atlas insbesondere für die Kommunen vor Ort optimal nutzen lässt.

# Informationsfahrt zum Thema regionale Energieversorgung

In Unterfranken ließen sich Landkreis und Kommunen zeigen, wie man energieautark werden könnte

Haßfurt. Der Landkreis Regen und seine Kommunen diskutieren derzeit intensiv darüber, wie eine lokale Energieerzeugung und -versorgung aussehen kann. Nachdem man sich im September bereits zu den Vorteilen einer interkommunalen Energiegenossenschaft ausgetauscht hat, fand nun eine weitere Informationsveranstaltung statt. Die scheidende Landrätin Rita Röhl war zusammen mit Kreisräten, Bürgermeistern und den mit Klimaschutz befassten Mitarbeitenden des Landratsamts im unterfränkischen Haßfurt zu Besuch. Dort stellten Landrat Wilhelm Schneider und seine Mitarbeiter die Strategie vor, mit der der Landkreis Haßberge im Laufe der nächsten Jahrzehnte möglichst energieautark werden möchte.

Nach der Begrüßung stellte Landrat Schneider den Landkreis Haßberge und die örtlichen Gegebenheiten vor. Zum Einstieg gab er einen Überblick über die Maßnahmen, die der Landkreis im Bereich Energieversorgung, Klimaschutz und Nachhaltigkeit umgesetzt hat und noch umsetzen will. „Wir sind ungefähr so groß wie Regen, aber wir haben sehr kleine Kommunen, die energetische Projekte gar nicht allein aufsetzen könnten“, erläuterte der Landrat die Herausforderungen. „Daher hatte bereits mein Vorgänger die Idee, die GUT Haßberge mbH zu gründen, die als Ideenschmiede für regenerative Projekte fungiert.“

Die Grundidee der Gesellschaft zur Umsetzung erneuerbarer Technologieprojekte im Landkreis Haßberge mbH, wie die GUT vollständig lautet, sei

gewesen, sich mit den Kommunen zusammenzutun und auf diese Weise eine lokale Wertschöpfung im Landkreis zu ermöglichen. Das Ziel sei letztlich, so Schneider weiter, ein Regionalwerk, also ein Stadtwerk auf Landkreisebene zu gründen und den Bürgern Energie zu vernünftigen Preisen anzubieten, wovon auch die Gemeinden profitierten.

## GUT Haßberge mbH

Der Landkreischef übergab das Wort an GUT-Geschäftsführer Marco Siller, der genauer auf Aufgabe und Aufbau der GUT einging. „Der Landkreis Haßberge, die 26 Gemeinden des Landkreises sowie weitere Gesellschafter haben die GUT im Jahr 2011 gegründet“, so Siller. Sie erarbeite für das Kreisgebiet ver-

schiedene Möglichkeiten zur Nutzung von erneuerbaren Energien und überprüfe sie auf technische und wirtschaftliche Machbarkeit und Tragfähigkeit. Sie gebe insbesondere dem Landkreis und den Städten, Märkten und Gemeinden Hilfestellung bei der Verwirklichung erneuerbarer Energieprojekte. „Wir übergeben fertig aufgebaute Anlagen, die den Probetrieb durchlaufen haben“, erklärte der Geschäftsführer. So puffere die GUT Risiken für die Gemeinden ab und beteilige Bürger und Kommunen bei der Erzeugung von erneuerbaren Energien an der Wertschöpfung, was auch für die Akzeptanz durch die Bürger entscheidend sei.

„Für uns ist wesentlich, wenn Flächen von Kommunen zur Verfügung gestellt werden, dass die Kommunen die Planungshoheit, die sie haben, auch ausschöpfen. Und nicht, dass Investoren von Gemeinde zu Gemeinde gehen, sich Flächen sichern und vorgeben, wo Freiflächen-PV-Anlagen stehen und wie groß sie sein sollten“, ergänzte Landrat Schneider. Durch die GUT würden die Standorte über Standortkonzepte auf Gemeindeebene erschlossen.

Anschließend stellte Klimaschutzmanagerin Lisa Kötting den Klimapakt des Landkreises Haßberge vor. „Der Klimapakt ist eine gemeinsame Erklärung von Landkreis und Kommunen, ein systemischer Ansatz, ganzheitlich über den kompletten Querschnitt Klimaneutralität und Nachhaltigkeit zu erreichen“, so Kötting. Der Landkreis wolle nicht nur die Energiewende umsetzen, sondern proaktiv sein und sich als nachhaltiger und klimaneutraler Landkreis entwickeln. Diese Vision sei längerfristiger ausgelegt als auf 2030, bis zu dieser Marke wolle man aber zum Beispiel bilanzielle Klimaneutralität, eine klimafreundliche Wärmeversorgung und klimafreundliches Bauen und Wohnen erreichen.



Landrat Wilhelm Schneider begrüßte die Gäste und gab einen ersten programmatischen Überblick. Bild: Iris Gehard/LRA Regen

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

## Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](https://www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis)

Speicher-Netzkooperation LEW / Amprion / E.ON:

## Innovativer Netzbooster in Bayerns Südwesten

Positiver Kurzschluss mit Schwarm-Speicher

Unter dem Motto „gemeinsam sind wir stark“ wollen Übertragungsnetzbetreiber Amprion, zuständig für den überregionalen Stromtransport im westlichen Teil der Bundesrepublik, LEW Verteilnetz (LVN) der Lechwerke, regionaler Netzbetreiber im bayerischen Schwabenlände, und die LEW-Mutter E.ON die Versorgungssicherheit in Bayern mit Hilfe eines dezentralen, sogenannten Netzboosters etwas belastbarer machen. Einzige Aufgabe dieser Netzsicherheitseinrichtung: Speicherung nicht verwertbarer (transportierbarer), schwankender Strommengen aus regenerativer Stromerzeugung und bei entsprechendem Bedarf schnelle Abgabe von Stromleistung zur Stabilisierung des Stromnetzes oder Deckung von Versorgungslücken.

Ziel ist die bessere Auslastung der Netze, zudem die Erhöhung der Versorgungssicherheit und Verringerung der steigenden Kosten in Milliardenhöhe für die Netzstabilisierung durch permanente Eingriffe in die Netzsteuerung, sogenannte Redispatch-Maßnahmen.

Auslöser für die stetig zunehmenden Netzeingriffe, wie das Hochfahren von Gaskraftwerken zur Stabilisierung, sind der exorbitante Zubau schwankungsanfälliger, regenerativer Stromerzeugungsanlagen (Wind-/Solar-

kraftwerke) und fehlende Transportnetzkapazitäten. Aktuell kostet das die Stromkunden in Deutschland 4 Mrd. Euro pro Jahr.

Allein im Vertriebsgebiet der Lechwerke speisen Stand September 2023 rund 100.000 Erneuerbare Energien-Anlagen unregelmäßig das Dreifache an regenerativem Strom in das öffentliche Stromnetz ein, das deshalb laufend verstärkt wird. Das Übertragungsnetz der Amprion wird um rund 1.600 Megawatt regenerativ-Einspeisung „bereichert“.

Vernetzung war gefragt:

## C.A.R.M.E.N.-Stammtisch für Betreiber von Nahwärmenetzen

In Kooperation mit dem Fachverband Holzenergie (FvH) und dem Fachverband Biogas (FvB) lud C.A.R.M.E.N. e.V. nach Fuchstal zu einem Informationstag für Nahwärmenetzbetreiber ein. 140 Teilnehmende aus Bayern und Österreich nutzten die Gelegenheit, sich mit Kollegen und Kolleginnen auszutauschen und sich über aktuelle Themen zu informieren.

Zu diskutieren gab es viel, denn es herrschen turbulente Zeiten für Nahwärmenetzbetreiber. Sebastian Henghuber (FvH) und Markus Bäuml (FvB) zeigten in ihren Referaten eindrücklich auf, dass die Energie- und Wärmewende ohne Bioenergie nicht zu schaffen ist. Beide forderten daher, die Nutzung des gesamten nachhaltig verfügbaren Biomassepotentials zu ermöglichen. Gerade vor dem Hintergrund des notwendigen Waldumbaus sei es fatal, wenn die Bundesregierung in ihrer derzeit in Vorbereitung befindlichen Biomassestrategie ideologisch geprägt das Biomassepotential begrenze.

Unter anderem in den vergangenen Richtliniennovellen der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) war die Wärmeversorgung aus Biomasse immer mehr unter Druck geraten. Darüber informierte Sabine Hendlmeier von C.A.R.M.E.N. e.V. Sie zeigte aber auch die Förderchancen auf, die sich sowohl für die Neuerrichtung von Wärmenetzen als auch für Erweiterungen ergeben. BEG, BEW und KWKG bieten bei passenden Gegebenheiten Zuschüsse bis zu 40 Prozent an. Darüber hinaus hält das Landes-Förderprogramm BioWärme Bayern attraktive För-

dersätze für Biomasseheizwerke mit Nahwärmenetz bereit.

Rechtsanwalt Micha Klewar von Becker Büttner Held bhh erläuterte den politischen Willen zum Ausbau von Wärmenetzen, der sich im jüngst verabschiedeten Gebäudeenergiegesetz – besser bekannt als „Heizungsgesetz“ – und dem Gesetzesentwurf zu kommunalen Wärmeplanung widerspiegelt. Dabei stiegen allerdings die gesetzlichen Anforderungen an Wärmenetzbetreiber stetig, so Klewar. Beispielsweise ergeben sich aus der novellierten AVBFernwärmeV und der FFVAV umfangreiche Veröffentlichungspflichten sowie Vorgaben zur Verbrauchserfassung und Abrechnung der gelieferten Wärme.

Wer langfristig ein Wärmenetz erfolgreich und gesetzeskonform betreiben will, kommt um eine fortlaufende Optimierung und Digitalisierung seines Nahwärmeverbundes nicht umhin. Eine wichtige Stellschraube für Effizienzsteigerungen und die Wirtschaftlichkeit sind niedrige Vor- und Rücklauftemperaturen, deren Effekte Othniel Zaitschek, Vorsitzender der entsprechenden AGFW-Arbeitsgruppe, eindrucksvoll aufzeigte. Matthias Kreuzer vom iWE in Hof gab anschließend einen Überblick über die techni-

## Hohe Versorgungssicherheit im Stromnetz der N-ERGIE Netz GmbH

Verbraucher, die an das Stromnetz der N-ERGIE Netz GmbH angeschlossen sind, müssen deutlich seltener ohne Strom auskommen als im Bundesdurchschnitt. Im Kalenderjahr 2022 lag die durchschnittliche Ausfallzeit je Verbraucher aufgrund ungeplanter Ereignisse, etwa bei Unwettern oder Leitungsschäden, bei lediglich 6,7 Minuten (2021: 6,2 Minuten).

Dieser Wert liegt deutlich unter den internationalen Vergleich sehr guten Zahlen für Deutschland: Laut den jetzt veröffentlichten Zahlen der Bundesnetzagen-

tur lag 2022 die durchschnittliche Versorgungsunterbrechung je angeschlossenen Letztverbraucher in Deutschland bei 12,2 Minuten (2021: 12,7 Minuten).

Die Versorgungsqualität im Netzgebiet der N-ERGIE Netz GmbH liegt damit weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Dies ist auch eine Folge beständiger Investitionen: Bis 2030 investiert die N-ERGIE Netz GmbH insgesamt rund eine Milliarde Euro in ihr Stromnetz. Dieses umfasst Hoch-, Mittel- und Niederspannungsleitungen und ist fast 28.000 Kilometer lang. □

### Lösung des Speicherdilemmas

Als probates Instrument gegen die schwankenden Strommengen und den damit verbundenen drohenden Netzkollaps gilt der Bau von Stromspeicherkapazitäten im Megawattbereich (1 Megawatt entspricht 1.000 Kilowatt). Der zur falschen Zeit erzeugte Regenerativstrom könnte so zwischengespeichert anstatt „vernichtet“ zu werden. Da Pumpspeicherkraftwerke als regenerative Stromspeicher in Deutschland auf massive Widerstände vor allem von Öko-NGO's stoßen, ist Kreativität gefordert, wie sich das Speicherdilemma lösen lassen könnte. Ergebnis: der Bau von großen Batteriespeichern zur bedarfsabhängigen Stabilisierung des Übertragungsnetzes. Da auch dort erhebliche Widerstände gegen Großanlagen auftreten, gingen Amprion und E.ON gemeinsam mit der LEW einen neuen, bisher weltweit erstmalig eingeschlagenen Weg der

schen Anforderungen von fernablesbaren und interoperablen Messeinrichtungen, die ab 2027 alte Wärmemengenzähler ersetzen müssen. Nur wer kontinuierlich Messdaten erhebt und diese auch effektiv und nutzbar auswertet, kann laut Rupert Wieser von der Nautilus GmbH Probleme lokalisieren und die Gesamteffizienz steigern. Er bietet seinen Kunden dafür eine digitale Plattform an.

Nahwärme auf der Basis von Bioenergie ist in Bayern weit verbreitet. Zukünftig sollen jedoch immer mehr sogenannte multivalente Wärmenetze entstehen. Dabei wird nicht nur auf Solarthermie im großen Maßstab gesetzt, sondern bei neueren Projekten werden auch Großwärmepumpen mit in die Planung einbezogen. Über diese Technologie informierte die Teilnehmer Karl Ochsenr von der Ochsenr Wärmepumpen GmbH. Er erläuterte Praxisbeispiele und zeigte die Möglichkeiten für Effizienzgewinne im Zusammenspiel mit einem Biomassekessel auf.

Die Auswahl des Tagungsorts fiel auf die oberbayerischen Gemeinde Fuchstal, in der seit vielen Jahren die Gemeinde und die Betreiber einer Biogasanlage an einem Strang ziehen und einen Großteil des Ortes mit regenerativer Wärme versorgen. So führte auch der Fuchstaler Bürgermeister Erwin Karg mit einer launigen und mitreißenden Rede in die Veranstaltung ein. Um flexibel auf rechtliche Veränderung reagieren zu können, sei das Energiekonzept in Fuchstal mittlerweile auf viele Beine gestellt, so der Bürgermeister. Primär wird Abwärme einer Biogasanlage, die in einem Großwärmespeicher gepuffert werden kann, in das Netz eingespeist. Die Lastspitzen deckt ein Hackschnitzelkessel ab. Zusätzlich haben die Fuchstaler\*innen in Elektrodenkessel investiert, um Überschussstrom aus eigenen Windkraftanlagen im Nahwärmenetz nutzen zu können. Die Kopplung der Sektoren Strom und Wärme sowie die Investitionen in Speicherkapazitäten schaffen Unabhängigkeit und Flexibilität. Davon konnten sich die Teilnehmenden bei der Besichtigung der Heizzentrale im Anschluss an die Veranstaltung überzeugen. □

Zusammenarbeit über Netzbetreibergrößen hinaus: statt dem Bau eines 250 Megawatt (MW) Batteriegroßspeichers die Errichtung eines SchwarmSpeichers, bestehend aus fünf bis zehn kleineren, technologieoffenen Batteriespeichern mit bis zu 50 MW Kapazität, verteilt im schwäbischen Versorgungsgebiet, bevorzugt an bestehenden Netzstandorten der LEW mit Anbindung an das Übertragungsnetz der Amprion. Prognostizierte Investitionssumme: bis zu 250 Millionen Euro, die sich angesichts der bestehenden und immer stärker wachsenden Kosten für stabilisierende Netzeingriffe spätestens innerhalb von zwei Jahren amortisiert haben dürften. Auch sind die Bauzeit und der Flächenbedarf pro Standort für die kleineren Speichereinheiten durch die modulare Verwendung von vorkonfigurierten Containern spürbar geringer. Der Flächenbedarf für einen solchen „Teilspeicher“ entspricht ungefähr einem Fußballfeld.

### Verbesserte Netzstabilität und Versorgungssicherheit

Ein weiterer Vorteil der zusammengeschalteten kleineren Speichereinheiten liegt vor allem in der gegenseitigen Redundanz bzw. der Ausfallsicherheit, denn die Eintrittswahrscheinlichkeit, dass alle Einzelspeicher gleichzeitig ausfallen, ist verschwindend gering. Zudem verbessert die hohe Einsatzgeschwindigkeit der Speichermodule die Netzstabi-



Kooperation der Speicherspezialisten (v.l.): LVN-Projekt Koordinatorin Kathrin Schaarschmidt, Thomas Dederichs, Leiter Strategie und Energiepolitik bei Amprion und LEW-Vorstandsmitglied Markus Litpfer.

Bild: Jan Kiver

tät und Versorgungssicherheit.

Als zusätzliche Option soll im Rahmen dieses Speicher-Piloten getestet werden, wie der dezentral aufgebaute Netzbooster auch auf der regionalen Verteilnetzebene bei Bedarf einen Beitrag zu Netzstabilität leisten kann. Bisher waren im LEW-Gebiet keine Redispatch-Maßnahmen erforderlich, allerdings ist das angesichts des starken Zubaus von Photovoltaikanlagen nur noch eine Frage der Zeit.

Bis Ende des Jahres wollen die Lechwerke mögliche Standorte mit potenziell geeigneten Standortgemeinden geklärt haben. Das könnte gelingen, nachdem für die kleineren Speichereinheiten genehmigungstechnisch ausschließlich die Kommunen zuständig sind. Die Ausschreibung zur Er-

richtung der 250 Megawatt Speicherkapazitäten und der künftigen Betriebsführung soll seitens Amprion im ersten Halbjahr 2024 erfolgen. Und wenn alles nach Plan läuft, wird Bayerns Südwesten mit der Inbetriebnahme der Speichermodule Ende 2025 stromversorgungstechnisch etwas sicherer geworden sein.

### Erhoffte Signalwirkung

Die drei Unternehmen erhoffen sich von ihrem Netzboosterprojekt eine Signalwirkung für andere Unternehmen, wie man den Energiewendeturbo, die Versorgungssicherheit und die damit verbundene Speicherproblematik zum Vorteil aller Betroffenen und Beteiligten unter einen Hut bringt. JK

## Bayernwerk testet erste E-Einsatzfahrzeuge

Fünf Opel Vivaro-e im Netzgebiet Oberbayern unterwegs  
Zuverlässigkeit, Robustheit und Reichweiten im Praxistest

Die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) hat ihre ersten Servicetechniker mit Elektro-Einsatzfahrzeugen ausgestattet. Am Standort Pfaffenhofen bekamen fünf Kollegen jeweils einen voll ausgestatteten Transporter vom Typ Opel Vivaro-e überreicht, mit dem sie künftig schnell und zuverlässig zu ihren Einsatzorten gelangen sollen. Nach der Fahrzeugflotte für Verwaltung und Außendienst wird nun auch der Technikbereich des Energieversorgers in einem ersten Schritt umgerüstet.

Insgesamt 2.020 Fahrzeuge umfasst der Fuhrpark des Bayernwerks an seinen 20 Unternehmensstandorten in Franken, Ostbayern und Oberbayern. Der überragende Teil wird von technischen Mitarbeitern genutzt, die an der Versorgungssicherheit des Stromnetzes arbeiten. Dabei sind die Fahrten zu Trafostationen, Umspannwerken oder Freileitungen überwiegend Kurz- und Mittelstrecken, sei es auf der Straße oder im Gelände. „Der Service- und Dienstleistungsbereich wird zukünftig elektrisch unterwegs sein. Dabei wollen wir auf unserem Weg zur Klimaneutralität auch die Einsatzflotte der Techniker umrüsten und zunächst reine Elektrotransporter in der Fläche austesten“, erklärt Georg Weich, Fuhrparksleiter beim Bayernwerk.

Insgesamt fünf Kollegen werden in den Regionen um Rosenheim, Freilassing, Unterschleißheim und Penzberg die E-Flitzer einsetzen. Gerade in der bevorstehenden kühleren Jahreszeit werden die Fahrzeuge dann die ersten Händertests durchlaufen und sich im Realbetrieb unter Beweis stellen.

Kollege Stephan Tobien ist seit seiner Ausbildung beim Bayernwerk und jetzt einer der ersten „Testfahrer“: „Für mich klang das Projekt von vornherein spannend – hier draußen im Grünen die E-Mobilität im Alltag zu überprüfen und auszutesten, da wollte ich dabei sein.“ Der Servicetechniker, der unter anderem schon bei der Flutkatastrophe im Ahrtal 2021 am Wiederaufbau des dortigen Stromnetzes dabei war, kennt die Anforderungen an einen Servicewagen. Im Bereit-

schaftsgebiet um Grassau (Landkreis Traunstein) stationiert; wird er zu Inspektionen, Wartungen oder Reparaturen nun voll elektrisch unterwegs sein.

### Einsatzbereit bei jedem Wetter

Abgesehen vom Fahrzeugtyp unterscheiden sich die neuen Einsatzfahrzeuge gegenüber den konventionellen lediglich im Antrieb: Anstatt fossilem Benzin- oder Dieselmotor setzt das Bayernwerk in dem Pilotprojekt auf die Energie aus der Steckdose. Und mit einer 75 kWh großen Batterie sowie 100 kW Leistung sind die neuen Fahrzeuge auch ausreichend gerüstet, um bei Wind und Wetter einsatzbereit zu sein.

Im Laderaum sind wie auch bei den herkömmlichen Fahrzeugen alle Betriebsmittel und Geräte enthalten, die die Techniker benötigen. Bei Großwetterlagen oder schwerwiegenden Störungen können die Kollegen auf kon-

ventionell motorisierte Fahrzeuge zurückgreifen.

In seiner Nachhaltigkeitsstrategie hat sich das Bayernwerk bereits ambitionierte Ziele für die nächsten Jahre gesetzt. Schon jetzt entwickelt und betreibt der Energieversorger eine nachhaltige Netzinfrastruktur und ein nachhaltiges Erzeugungsportfolio. Der Umstieg auf Elektromobilität ist nun ein weiterer Baustein. Daneben wird beim Netzausbau im Rahmen von Planungsverfahren auf den Schutz der Ökosysteme geachtet. Vogelschutzmarkierungen an Hochspannungsleitungen gehören ebenso dazu wie ein ökologisches Trassenmanagement.

Im Rahmen eines Managementsystems hat sich das Energieunternehmen zudem gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltleistung gesetzt, um bis 2030 im Scope 1 und 2 klimaneutral zu sein. Zudem will das Bayernwerk den Anteil von regionalem Biomethan und synthetischem Methan im Gasnetz erhöhen und den Eigenbedarf zu 100% aus regenerativen Energien decken. In einem wiederkehrenden Nachhaltigkeitsbericht soll über den Fortschritt dieser konkreten Maßnahmen und die Erreichung der Ziele berichtet werden. □



Erste Stromer im Einsatzgebiet: Stephan Tobien und weitere Servicetechniker beim Bayernwerk fahren jetzt vollelektrisch zu ihren Inspektionen und Wartungen.

Bild: Michael Bartels/Bayernwerk

Landesverbandsversammlung des LFV Bayern in Memmingen:

## Hohen Standard weiter verbessern

Als „wichtiges Sprachrohr für die bayerischen Feuerwehren“ hat Innenminister Joachim Herrmann den Landesfeuerwehrverband Bayern bezeichnet. „Wir unterstützen ihn daher bereits seit vielen Jahren bei seiner Arbeit. Ab 2024 heben wir die Förderung des Verbands nochmals kräftig auf über 1,5 Millionen Euro an“, gab Herrmann bei der 30. LFV-Verbandsversammlung in Memmingen bekannt, an der rund 500 Feuerwehrführungs-kräfte aus dem gesamten Freistaat und zahlreiche Gäste aus Wirtschaft und Politik teilnahmen.

Mit Blick auf die zunehmenden Herausforderungen versicherte der Minister, die Kommunen und ihre Feuerwehren nach Kräften zu unterstützen. Ziel sei es dabei, auch den hohen Standard bei der Ausrüstung der Feuerwehren immer weiter zu verbessern. In den vergangenen fünf Jahren habe der Freistaat mehr als 244 Millionen Euro an Fördergeldern ausbezahlt.

Zudem wurden laut Herrmann die Förderfestbeträge für den Feuerwehrausbau zum 1. Juli 2023 verdoppelt und für die Beschaffungen von Fahrzeugen und Geräten um 30 Prozent erhöht – eine „Anhebung in nie dagewesener Höhe und ein kraftvolles Zeichen der Unterstützung“, stellte der Minister fest.

Aber auch beim Thema Ausbildung habe der Freistaat kräftig investiert und die drei Staatlichen Feuerwehrschulen sowohl baulich als auch personell hervorragend ausgestattet. So seien seit 2011 rund 100 Millionen Euro in den Ausbau investiert und die Personalstellen seit 2010 mehr als verdoppelt worden.

### Spitzenreiter beim Feuerwehr-Nachwuchs

Erfreut zeigte sich Herrmann darüber, dass Bayern dank der hervorragenden Jugendarbeit im bundesweiten Vergleich Spitzenreiter beim Feuerwehr-Nachwuchs ist. In rund 5.100 Feuerwehren mit Jugendgruppen würden über 45.000 Jugendliche auf den Feuerwehrdienst vorbereitet. Als echte Erfolgsgeschichte bezeichnete der Minister die über 1.000 Kinderfeuerwehren mit rund 15.000 Mädchen und Jungen.

Derzeit endet der Feuerwehrdienst mit Erreichen des 65. Lebensjahres. Herrmann kündigte an, in der nächsten Zeit hierzu den Austausch insbesondere auch mit dem LFV suchen zu wollen und darüber zu diskutieren, wie gemeinsam flexible Lösungen für die Altersgrenze sowie das Eintrittsalter für die Kinder- und Jugendfeuerweh-

ren gefunden werden können. In seiner Grundsatzrede präsentierte der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbands Bayern, Johann Eitzenberger, zunächst die neue Einsatz- und Mitgliederstatistik 2022: 270.000 Einsätze, davon 23.000 Brände, 135.000 Technische Hilfeleistungen, 30.000 Fehlalarme. Insgesamt 330.000 aktive Feuerwehrdienstleistende, davon 319.000 Ehrenamtliche, leisteten ihren Dienst in 7.493 Freiwilligen Feuerwehren, 214 Werk- und Betriebsfeuerwehren und den sieben Berufsfeuerwehren in Bayern.

Eitzenberger zufolge wurden noch nie in den nun über 150 Jahren des organisierten, bürgerschaftlich geprägten Feuerlöschwesens in Bayern mehr Einsätze als heute geleistet. „Und das in der Regel immer routiniert, gut ausgebildet und erfolgreich. Eine unglaubliche Leistung auf die wir – zumal überwiegend im Ehrenamt geleistet – dankbar und stolz sein dürfen“, unterstrich der Vorsitzende.

### Höhere Förderfestbeträge für Feuerwehrausbau

Mit Blick auf die Anhebung der Förderfestbeträge für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und -geräten sowie den Bau von Feuerwehrgerätehäusern zum 1. Juli 2023 erklärte Eitzenberger: Diese Anhebung der Förderbeträge für die Ausstattung der Bayerischen Feuerwehren ist ein Erfolg unserer beharrlichen, verbindlichen Forderung als Interessensvertretung der Bayerischen Feuerwehren gegenüber der Politik. Die Umsetzung stellt nicht nur eine starke Unterstützung der kommunalen Feuerwehren durch den Freistaat Bayern dar, sondern ist ein gutes Beispiel dafür, wie die gemeinsame, unermüdliche Verbandsarbeit zu realen Verbesserungen vor Ort führen kann.“

Insbesondere das Konzept „Katastrophenschutz Bayern 2025“ wurde im Rahmen der Landesverbandsversammlung themati-

siert. Mit diesem Konzept wurden laut Eitzenberger „alle zentralen Forderungen aus dem Bereich der Feuerwehr, die in unseren Fachgremien sowie der vfdB und der AGBF gemeinsam erarbeitet und im Positionspapier zum Katastrophenschutz des LFV Bayern enthalten sind, nahezu vollständig aufgegriffen“. Vor allem zeigte sich der Vorsitzende darüber erfreut, dass die Kompetenz der ehrenamtlichen Feuerwehrführungs-kräfte vor Ort stärker anerkannt und genutzt werden soll und so die örtlichen Strukturen gestärkt werden können.

### Errichtung eines BayMLZ

Innenminister Herrmann legte sein Augenmerk auch auf die Programmpunkte Errichtung eines Bayerischen Melde- und Lagezentrums Bevölkerungsschutz (BayMLZ) im Innenministerium, die Einrichtung überörtlicher Katastrophenschutzlager sowie die Notwendigkeit autarker Einheiten im Rahmen der Hilfeleistungskontingente. Zu den Hauptaufgaben des BayMLZ zählten neben der fortlaufenden Lagebeobachtung sowie einer Bewertung und Weitergabe dieser Lageinformationen Vorbereitungen für eine gegebenenfalls erforderliche frühzeitige Reaktion und die Einleitung von Maßnahmen zur Bewältigung der konkreten Lage. Das BayMLZ sei ständiger Ansprechpartner für das Lagezentrum Bayern und Single Point of Contact (SPOC) für nationale Warn- und Meldeverfahren und somit Kontaktstelle für nachgeordnete Behörden, die Hilfsorganisationen, das THW und die Bundeswehr sowie das Gemeinsame Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ).

Bayern werde künftig auch eine überörtliche Vorhaltung von Spezialressourcen und spezifischen Einsatzmitteln in dezentralen Katastrophenschutzlagern, idealerweise auf Regierungsebene, ermöglichen. Um Kosten zu minimieren, seien Synergien mit dem Bayerischen Pandemiezentallager und dem THW-Lager zu prüfen und zuverderst zu realisieren.

Das Konzept länder- und staatenübergreifende Katastrophenhilfe sowie überregionale Katastrophenhilfe innerhalb Bayerns mit der Vorabfestlegung von Hilfeleistungskontingenten ist

Herrmann zufolge zukunftsgerichtet fortzuschreiben. Dies betreffe den Sanitätsdienst, den Bereich der Feuerwehr und die Wasserrettungszüge Bayern. Ziel sollte die Ausstattung vollständig autarker Einheiten sein.

Mit Blick auf die künftigen Schwerpunkte der Verbandsarbeit sagte Eitzenberger: „Ein besonderes Anliegen ist es mir, die Kinderfeuerwehrbetreuerinnen und Betreuer in ihrer Qualifizierung zu fördern; sie sind es, die den Feuerwehrynachwuchs von Morgen fördern. Das verdient nicht nur Anerkennung und lobende Worte, sondern auch ganz konkrete Unterstützung bei ihrer alltäglichen Arbeit, etwa in Form einer leicht zugänglichen und strukturierten Ausbildung.“

### Ehrenamt im Fokus

Ebenfalls von besonderer Bedeutung werde angesichts der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung die Förderung feuerwehreffreundlicher Rahmenbedingungen für das Ehrenamt sein – seien es neue und ergänzende Formen der Anerkennung, Maßnahmen zur Förderung von Vielfalt in den Feuerwehren, der Ausbau der Kommunikationsstrukturen oder auch eine angemessene Berücksichtigung des Bereichs der Feuerwehrhistorie und des Archivwesens. „Gemeinsam als Verband mit rund 880.000 Mitgliedern können wir aus der Mitte der Gesellschaft heraus viel erreichen – für uns als Feuerwehrdienstleistende und Vereinsmitglieder, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern insgesamt“, teilte der Verbandschef mit.

Der verbandliche Teil der Versammlung wurde durch zwei

bfz-Außenstelle in Deggendorf:

## Einweihung der neuen Schulungsräume

Vor kurzem wurden die neuen Schulungsräume der bfz-Außenstelle in Deggendorf eingeweiht. Zur Feierlichkeit wurden Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Arbeitsagenturen und bfz-Schulen begrüßt.

Anfang November feierten die Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz) mit der Außenstelle Deggendorf den Einzug in die neuen Räumlichkeiten in der Hindenburgstraße 31. Zur Einweihungsfeier kamen unter anderem der bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger, der Deggendorfer Landrat Bernd Sibler sowie der Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Peter Weindl. Ebenso nahmen Vertreter der Stadt Deggendorf, des Jobcenters und der bfz-Schulen an der Veranstaltung teil.

### bfz als „Lebenshilfe“

Aiwanger hob in seiner Festrede die Bedeutung der bfz hervor. So seien die bfz nicht nur eine Wirtschaftshilfeeinrichtung, sondern vielmehr eine Lebenshilfe, mit deren Unterstützung eine Vielzahl an Menschen in Bayern eine berufliche Perspektive erhalten. „Im bfz Deggendorf wird nicht geredet, hier wird etwas für die Aus- und Weiterbil-

dung geleistet“, so der Minister.

### Arbeitskräfte und Unternehmen vernetzen

Standortleiterin Ingrid Schmidt bestätigte, dass seit der Gründung der Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz) vor 40 Jahren fünf Millionen Menschen geschult und weitergebildet wurden. Allein in Deggendorf sind es jährlich ca. 600 Menschen, die bei ihren beruflichen Perspektiven unterstützt werden. Die Unternehmen der Region profitieren von den gut ausgebildeten Fachkräften. „Wir freuen uns, dass wir bei der Berufsorientierung von Menschen, Eingliederung von Arbeitssuchenden und der berufsbegleitenden Weiterbildung von Fachkräften unterstützen können“, so Schmidt. „In den bfz Deggendorf haben wir sehr gute Voraussetzungen geschaffen, um Arbeitskräfte und Unternehmen zu vernetzen.“

Einen Einblick in die gut ausgestatteten Schulungs- und Praxisräume erhielten die Gäste bei einem abschließenden Rundgang. □

Fachvorträge zum Themenbereich Digitalisierung und Kommunikation bereichert. Beatrix Hertle, Landesgeschäftsführerin lagfa bayern e.V. stellte das Projekt „digital verein(t)“ vor. Im Rahmen dieses Projekts besteht

eine Kooperation mit dem LFV Bayern. Jonathan Hildebrand, Geschäftsführer der Connect GmbH, präsentierte die neue LFV Bayern App, die pünktlich zur Versammlung in eine zwei-monatige Testphase startete. DK



## Neuer Einsatzleitwagen

Feierliche Übergabe bei der Freiwilligen Feuerwehr Stein

Im Beisein von Bürgermeister Kurt Krömer, dem stellvertretenden Landrat Franz Forman, Brandschutzreferent Robert Bauer, Ehrengästen sowie vielen Mitgliedern des Steiner Stadtrates wurde im Oktober offiziell der neue Einsatzleitwagen (ELW) mit dem Funkrufnamen 55/12/1 übergeben.

Die Anschaffungskosten belaufen sich auf rund 195.000 Euro, diese Summe beinhaltet eine Förderung des Freistaats Bayern in Höhe von 30.000 Euro. Soweit die nackten Fakten. Aber hinter diesen Zahlen verbirgt sich die fundamentalste Aufgabe der Stadtverwaltung: Die größtmögliche Sicherheit für die Steiner Bevölkerung zu gewährleisten. Zwar wurde der Wagen jetzt feierlich übergeben, im Einsatz befand er sich dennoch schon einige Male. Der 1. Kommandant Dominik Datz stellte die technische Ausstattung des ELW 55/12/1 etwas genauer vor: „55 steht für die Ortskennung Stein, 12 ist die Fahrzeugkategorie und 1 steht für die Anzahl. Es verfügt über umfangreiche EDV- und Kommunikationstechnik zur Koordination von Einsätzen. Im Heckbereich befinden sich diver-

se Gerätschaften. Diese können die Feuerwehr-Führungskräfte zur Planung und Besprechung von Einsatzlagen und -taktiken nutzen. Dazu gehören unter anderem Haftfolien, die man auf der Außenseite des Fahrzeugs anbringen und darauf das aktuelle Einsatzgeschehen aufzeichnen kann. Verkehrsabsicherungen und die Bekämpfung von Kleinbränden sind mit dem neuen Einsatzleitwagen ebenso möglich.“

### Krömers Dank

Erster Bürgermeister Kurt Krömer nutzte die Übergabe, um seinen Dank auszusprechen: „Im vergangenen Jahr wurden 439 Einsätze im Stadtgebiet Stein gefahren. Zum heutigen Tag sind es bereits 239 Einsätze. Es gebührt euch Respekt und Aner-

kennung für diesen ehrenamtlichen Einsatz an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr zur Sicherheit unserer Bürger. Es ist keine Selbstverständlichkeit. Ich kann mich nur von ganzem Herzen dafür bedanken. Als Bürgermeister aber auch im Namen aller Steiner Bürgerinnen und Bürger.“

Der stellvertretende Landrat Franz Forman beglückwünschte die Feuerwehr Stein zu ihrem neuen Fahrzeug und sprach den Stadt Stein ihren Dank aus, in die Sicherheit der Steiner Bevölkerung richtig zu investieren. Dominik Datz ergänzte: „Mein besonderer Dank geht an unseren Bürgermeister Kurt Krömer und an unseren Brandschutzreferenten Robert Bauer. Sie haben immer und in jeder Situation ein offenes Ohr für uns. Gemeinsam mit dem Stadtrat tun sie alles in ihrer Macht stehende, damit die Steiner Feuerwehr auf dem neuesten technischen Stand ist.“ Zum Abschluss der Übergabe segnete Pfarrer Clemens Mennicken den neuen Einsatzleitwagen. □

## Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der PlusPunktRente!

Die BVK Zusatzversorgung bietet mit der PlusPunktRente die optimale Absicherung fürs Alter – zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente.

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand



Beratungstermin

Jetzt informieren und beraten lassen!

Einfach QR-Code scannen und Beratungstermin vereinbaren.

**BVK** Bayerische  
Versorgungskammer  
ZUSATZVERSORGUNG

JETZT LESEN!  
UNSER MAGAZIN  
www.bestens-abgesichert.de

FOLGEN SIE UNS AUF SOCIAL MEDIA!  
bvksatzversorgung

25-jähriges Jubiläum der Euregio Inntal:

## Werben für den europäischen Gedanken

Im Rahmen ihrer Vollversammlung feierte die Euregio Inntal mit namhaften Persönlichkeiten im Premierenhaus der Festspiele in Erl (Tirol) kürzlich ihr 25-jähriges Jubiläum. Rund 70 Mitglieder, darunter der Landtagsabgeordnete und 2. Bürgermeister der Stadt Rosenheim Daniel Artmann, der Landrat des Landkreises Rosenheim Otto Lederer, der stellvertretende Landrat des Landkreises Traunstein Sepp Konhäuser, der Bezirkshauptmann von Kufstein Dr. Christoph Platzgummer und der Bezirkshauptmann von Kitzbühel Dr. Michael Berger, zudem Bürgermeister der bayerischen und Tiroler Gemeinden sowie die ehemaligen Euregio-Präsidenten Franz Xaver Heinritzi und Hubert Wildgruber, wurden vom amtierenden Präsidenten Christoph Schneider herzlich willkommen geheißen.

Erls Bürgermeister Georg Aicher-Hechenberger erinnerte eingangs daran, dass Erl 1998 Gründungsort der Euregio Inntal war. Die Bedeutung der Euregio Inntal für die Stärkung der Zusammenarbeit von Bayern und Tirol hob Martin Traxl vom Amt der Tiroler Landesregierung (Abteilung Landesentwicklung und EU-Regionalentwicklung) hervor, ehe Präsident Schneider und Euregio-Geschäftsführerin Esther Jennings die zahlreichen Aktivitäten und grenzüberschreitenden Projekte der vergangenen zwölf Revue passieren ließen.

### Bessere Vernetzung und Kooperation

Beispielhaft wurden dabei die Europatage in Kufstein und Kiefersfelden, die Neugründung des Euregio Orchesters und das grenzüberschreitende Business Speed-Dating genannt. Letzteres dient der besseren Vernetzung und daraus folgenden Kooperationsmöglichkeiten für Unternehmer im Grenzraum. Gerade grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärkt die Grenzregion und macht die Unternehmenslandschaft wettbewerbs-

fähig im Vergleich zu Metropolregionen wie München oder zu Einzugsgebieten wie Innsbruck.

Auch in punkto grenzüberschreitender ÖPNV konnte die Euregio Inntal Erfolge mit der Ausweitung des Klimatickets Tirol



### Irmgard Eberl

Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Mamming

und ich habe zugesagt, weil ich mich für meine Heimatgemeinde, in der ich aufgewachsen und verwurzelt bin, einsetzen möchte.

#### Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich habe in der Verwaltungsgemeinschaft Mamming meine Ausbildung gemacht und in über 30 Jahren fast alle Bereiche durchlaufen. Daher sind mir Verwaltungsabläufe, die Arbeit des Gemeinderates, die Aufgaben eines Bürgermeisters bestens bekannt.

#### Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die Corona-Zeit mit ihren Beschränkungen und deren Folgen in sämtlichen Lebensbereichen.

#### Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Wir bauen gerade ein großes Haus für Kinder mit acht Gruppen in unserer Ortsmitte, um die benötigten Betreuungsplätze auch in Zukunft bereitstellen zu können. Dies fordert uns finanziell sehr stark, so dass wir uns die nächste Zeit nur auf Pflichtenaufgaben konzentrieren können. Ersatzfahrzeuge für die Freiwilligen Feuerwehren müssen beschafft werden. Ein Wasserversorger, der bisher als Verein geführt wurde, findet keine Vorstandschaft mehr. Hier kümmern wir uns derzeit, um eine sichere und langfristige Lösung für die Trinkwasserversorgung. Uns beschäftigt auch die Suche und Ausweisung von geeigneten Gewerbeflächen, um einheimischen Betrieben die Möglichkeit zu geben in der Gemeinde zu bleiben und sich zu entwickeln.

#### Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Ein wichtiges Thema ist und wird es auch die nächste Zeit sein, unsere Infrastruktur zu erhalten. Es steht unter anderem die Sanierung der Kläranlage an, die laufenden Sanierungen von

Kanalleitungen und des Straßennetzes.

Die Nahversorgung für die Bürger muss langfristig gesichert werden. Wir haben (noch) kleinere Geschäfte im Ort. Für eine Supermarktsiedlung, fehlt es derzeit am benötigten Einzugsbereich.

#### Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Es hilft, sich nicht auf die Probleme zu konzentrieren, sondern darauf, welche Lösungen es dafür geben kann. Getroffene Entscheidungen gefallen

nicht allen, informieren Sie die Bürger, warum gerade so und nicht anders gehandelt werden konnte. Bleiben Sie ansprechbar und haben Sie ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte Ihrer Bürgerinnen und Bürger. Das kann auch auf der Straße sein, in Vereinsversammlungen oder bei Veranstaltungen. In einer kleineren Gemeinde, wie bei uns, halte ich das persönliche Gespräch für äußerst wichtig.

#### Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Wichtige Themen berate ich zunächst mit meinen beiden Stellvertretern. Sie werden im Gemeinderat möglichst frühzeitig diskutiert und dort entschieden. Je nachdem um welches Vorhaben es sich handelt, informieren wir die Bürger in Infoveranstaltungen, geben Informationsschreiben heraus, laden zu „Runden Tischen“ mit dem betroffenen Personenkreis ein und als Bürgermeisterin stehe ich für die Bürger für ein persönliches Gespräch gerne zur Verfügung. In der Verwaltung besprechen wir die anstehenden Aufgaben, die Umsetzung der Gemeinderatsbeschlüsse sowie die Vorgehensweise mit Geschäftsleitung und den zuständigen Sachbearbeitern.

#### Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Videokonferenzen finde ich in der täglichen Arbeit sehr praktisch. Die Umsetzung der Digitalisierung für Verwaltungsabläufe ist zum Teil schon geschehen. Manches bleibt, trotz Online-Möglichkeit, umständlich, weil eine persönliche Unterschrift erforderlich ist. Umstellungen und Neues erfordern bei der Einführung und Umsetzung recht hohen Personaleinsatz und oft auch Überzeugungsarbeit für die Anwendung bei Mitarbeitern. Der einzuhaltende Datenschutz treibt auch „seine Blüten“ und verlangsamt und erschwert den Prozess der Digitalisierung.

#### Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

In der Ruhe liegt die Kraft!

#### Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Eine Bürgermeisterin, die für die Mamminger viel Positives bewirkt hat und die Gemeinde vorangebracht hat. □

bis Oberaudorf vorweisen, nicht zuletzt auch wegen der engen Kooperation mit der Genossenschaft Kufstein Mobil. Nach langer Vorbereitungszeit wurde am 1. Juli 2023 der Gültigkeitsraum für Zeitkarten des Verkehrsverbundes Tirol (VVT) auf die beiden Inntalgemeinden Kiefersfelden und Oberaudorf erweitert.

Fernverkehr, sprich Railjet, EuroCity und ICE, uneingeschränkt genutzt werden kann.

### Verleihung Verdienstmedaille

Ein weiterer Höhepunkt der Festveranstaltung war die Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Rosenheim durch 2. Bürgermeister Daniel Artmann an den Ehrenpräsidenten und Euregio-Mitgründer Walter J. Mayr für dessen herausragendes Engagement für den Euregio Inntal-Raum. „Wenn es die Euregio Inntal-Chiemsee-Kaisergebirge-Mangfalltal nicht schon gäbe, wäre die Gründung ein Gebot der Stunde“, unterstrich Mayr. Das Motto der Europäischen Union „in Vielfalt geeint“ solle weiterhin als Leitgedanke das Zusammenleben in der gemeinsamen Heimatregion tragen.

Einen Einblick in die aktuellen Herausforderungen und Chancen, mit denen die Europäische Union konfrontiert ist, bot die Podiumsdiskussion „Quo Vadis Europa?“. Wie Schneider ausführte, spüre er mit Blick auf die Wahlen des europäischen Parlaments im nächsten Jahr „für unsere Institution mit seinen zahlreichen Mitgliedern und Freunden eine außerordentliche Verantwortung: Nur ein durch die Europäische Union gefestigter und starker Kontinent wird uns global wettbewerbsfähig halten. Deshalb müssen wir mit unserer Euregio in unseren Landkreisen und Bezirken für den europäischen Gedanken werben. Wir müssen klar ersichtlich aufzeigen, welche Vorteile und Errungenschaften die Menschen aufgrund eines starken Europas tagtäglich erleben dürfen.“

Laut Barbara Thaler, EU-Abgeordnete und Präsidentin der Tiroler Wirtschaftskammer, „müssen wir weiter an den Schwächen der Union arbeiten, aber vor allem auch immer wieder an die Vorteile erinnern, die wir durch die EU besonders in grenznahen Regionen spüren. Die Euregio Inntal leistet hier einen wichtigen Beitrag.“

Landtagsabgeordneter und 2. Bürgermeister Daniel Artmann zufolge ist die EU „ein politi-

sches und wirtschaftliches Bündnis, das ursprünglich mit dem Ziel gegründet wurde, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern zu fördern und einen dauerhaften Frieden auf dem Kontinent zu gewährleisten“. Seitdem habe die EU ihre Rolle erweitert und spiele heute eine entscheidende Rolle in vielen Bereichen, von Wirtschaft und Handel bis hin zu Umweltschutz und sozialer Zusammenarbeit. „Dafür müssen wir uns gemeinsam weiter einsetzen!“

„Die Euregio Inntal macht die Europäische Union mit Veranstaltungen wie dieser und zahlreichen grenzüberschreitenden Projekten regional spürbar“, betonte die Euregio Inntal-Vizepräsidentin Barbara Schwaighofer. Ehrenpräsident Walter J. Mayr erklärte: „Mit der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht am 1. November 1993 wurden wir unabhängig von den nationalen Staatsbürgerschaften zu Bürgern der Europäischen Union. Ein sehr wichtiger Meilenstein der Geschichte!“

Einigkeits bestand bei den Diskussionsteilnehmern, dass zahlreiche Errungenschaften und Werte, für die die Europäische Einigung verantwortlich zeichnet, in der Bevölkerung leider als selbstverständlich gelten. Man nehme einen Rechtsruck und eine drohende soziale Instabilität wahr. Präsident Christoph

Schneider appellierte deshalb an die gemeinsame Verantwortung aller politischen Ebenen und for-

derte diese in bewegten Zeiten zu einem größeren Zusammenhalt auf. DK

## Bayerische Wahlergebnisse

Versehentlich veröffentlichte die GZ in ihrer jüngsten Ausgabe das Ergebnis der Bürgermeisterwahl in der Gemeinde Mespelbrunn aus dem Jahr 2018. Stephanie Fuchs wurde kürzlich erneut zur Rathauschefin der Spessart-Gemeinde bestimmt, jedoch war sie dieses Mal die einzige Bewerberin. Bei einer Wahlbeteiligung von 67,4 Prozent erhielt die CSU-Politikerin 81,1 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen!

In der Gemeinde Mönchsroth (Landkreis Ansbach) siegte Franziska Mattmann (Freie Wählergruppe/Freie Bürgerliste) mit 89,8 Prozent der Stimmen und wird damit Nachfolgerin von Edith Stumpf (Freie Bürgerliste). Die 29-jährige Mattmann war die einzige Bewerberin um den Posten. Die Wahlbeteiligung lag bei 37 Prozent.

Auch die Marktgemeinden Tittling und Aidenbach im Landkreis Passau wählten neue Rathauschefs. In Tittling gewann Josef Artmann von der CSU mit 61,8 Prozent der Stimmen. Der unterlegene Kandidat Tobias Krenn (parteilos), der für die Freien Wähler ins Rennen ging, erhielt 38,2 Prozent der Stimmen. Wahlbeteiligung: 58 Prozent.

In Aidenbach ist nun Robert Grabler (CSU) neues Gemein-

deoberhaupt. Der zuvor zweite Bürgermeister führte bereits seit dem plötzlichen Tod von Karl Obermeier (CSU) im Juli die Geschäfte. Er war der einzige Kandidat und vereinte 96,9 Prozent der Stimmen auf sich. Die Wahlbeteiligung lag bei 43 Prozent.

Wechsel auch im Landkreis Fürth: Der bisherige Bürgermeister in Cadolzburg Bernd Obst (CSU), gewann die Landratswahlen mit 56,1 Prozent der Stimmen deutlich vor den weiteren vier Bewerbern Marco Maurer (gemeinsamer Kandidat von Grünen und SPD/28,9 Prozent), Krzysztof Malowaniec (AfD/7,5 Prozent), Felix Kißlinger (FW/6,4 Prozent) und Christian Löbel (Linke/1,2 Prozent). Obst wird damit Nachfolger von Landkreischef Matthias Dießl, der ab Januar 2024 das Amt des Präsidenten des Sparkassenverbandes Bayern übernimmt. Wahlbeteiligung: 45,3 Prozent. DK

### Fahrradkurs für Frauen

Mit dem 2. Preis ausgezeichnet wurde das Freiwilligen-Zentrum Fürth für seinen „Fahrradkurs für Frauen“. Dieses Projekt wird in Kooperation mit dem Bayerischen Landes-Sportverband durchgeführt. Der BLSV stellt dabei geeignete Fahrräder, Helme und Schutzwesten zur Verfügung. Ziel ist es, Frauen – gleich welcher Herkunft – das Fahrradfahren zu lernen und dabei andere Frauen kennenzulernen. Durch die daraus resultierende neue

Mobilität werden die Teilnehmerinnen selbständiger.

Zwei 3. Preise gingen an den ESV Treuchtlingen 1883 e.V. für „Sport nach 1 in Schule und Verein“ sowie an nehemia team e.V. aus Fürth mit dem Projekt „Flüchtlinge willkommen heißen in Nürnberg und Fürth“. Das Projekt „Sport nach 1 in Schule und Verein“ wurde bereits im August 2007 von der Tennisabteilung des ESV Treuchtlingen ins Leben gerufen und wird in Kooperation mit dem Bayerischen Kultusministerium und dem Bayerischen Landesverband betrieben. Ziel ist es, möglichst vielen Schülern, gleich welcher Herkunft, den Tennissport „nach 1“, also direkt nach der Schule, näherzubringen. Die Verantwortlichen der Tennisabteilung des ESV Treuchtlingen arbeiten dazu mit den ortsansässigen Schulen zusammen. Interessierte Schüler können das ganze Jahr über Trainerstunden von geprüften Tennistrainerinnen und -trainern erhalten. Vermittelt wird das Angebot von den Schulen über Elternbriefe.

Der Verein nehemia team betreibt in Nürnberg schon seit 2014 und in Fürth seit 2022 interkulturelle Kontakt- und Willkommenscafés. Ziel ist es, geflüchtete und zugewanderte Menschen und Einheimische zusammenzubringen. In einer freundlichen Atmosphäre kann man sich näher kennenlernen, es können aber auch die deutschen Sprachkenntnisse verbessert werden. DK

Konstituierende Sitzungen der Bezirkstage:

## Neue Gesichter an der Spitze

Die neu gewählten Bezirkstage im Freistaat haben ihre Arbeit aufgenommen. Bei den konstituierenden Sitzungen in den sieben Regionalparlamenten von Aschaffenburg bis Passau gab es einige Wechsel an der Spitze. Mit Thomas Schwarzenberger in Oberbayern, Daniel Forster in Mittelfranken und Stefan Funk in Unterfranken nehmen nun neue Präsidenten mit großem Rückhalt über alle Fraktionen hinweg ihre Amtspflichten wahr. Insgesamt stellt die CSU 85 Bezirksräte in den bayerischen Bezirkstagen und nun auch wieder alle Bezirkstagspräsidenten.

An die Stelle von Josef Mederer, der nach 15 Jahren an der Spitze des Bezirkstags Oberbayern bei einem Festakt feierlich aus seinem Amt verabschiedet wurde, tritt Thomas Schwarzenberger. Stellvertretender Bezirkstagspräsident ist weiterhin Rainer Schneider (Freie Wähler). Als weitere stellvertretende Präsidenten wurden Michael Asam (SPD) und Friederike Steinberger (CSU) bestimmt.

In seiner Antrittsrede stellte sich Schwarzenberger als „leidenschaftlicher Kommunalpolitiker“ vor. Er sei seit 21 Jahren Bürgermeister in seiner Heimatgemeinde Krün, seit 2002 Mitglied im Kreistag von Garmisch-Partenkirchen und seit zehn Jahren Bezirksrat. Sein neues Amt trete er mit Demut vor der großen Aufgabe an. Wichtig sei ihm ein konstruktives Miteinander aller im Bezirkstag vertretenen demokratischen Kräfte. „Es ist unsere Aufgabe und unsere Verantwortung, für die Demokratie einzustehen und zu kämpfen“, erklär-

te Schwarzenberger. Deshalb möchte er als eines der ersten eigenen Projekte eine Arbeitsgruppe einrichten, die sich mit „Erinnerungskultur und Demokratiebildung“ intensiv beschäftigt. Es sei „teilweise erschreckend, wie leichtfertig mit der Demokratie und ihren Werten umgegangen wird“.

### Anwalt und Sprachrohr

Bei den sozialen Kernaufgaben des Bezirks setzt Schwarzenberger auf die Zusammenarbeit auf Augenhöhe und in gegenseitiger Achtung mit den Trägern der Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen und Pflegebedarf. „Hier haben für mich Teilhabe und Inklusion einen ganz großen Stellenwert“, so der Präsident. Schwarzenberger will sich nicht nur für mehr inklusive Leistungsangebote für Menschen mit Behinderungen einsetzen, sondern in allen Bereichen des Bezirks Inklusion voranbringen. Ein wichtiges Ziel sei es, Bildungs- und Kulturangebote – wo immer möglich – inklusiv und barrierefrei zugänglich zu machen.

Nachfolger des unterfränkischen Bezirkstagspräsidenten Erwin Notzel, der sich nach 17 Jahren nicht mehr zur Wahl gestellt hatte, ist Stefan Funk. Zu Vizepräsidenten wurden Thomas Schiebel (Freie Wähler) und Maria Hossmann (CSU) bestellt.

Funk kann auf eine jahrzehntelange Erfahrung sowohl in der kommunalen Verwaltung als auch in der Kommunalpolitik verweisen. Dem Bezirkstag von Unterfranken gehört der gelernt Dipl.-Verwaltungswirt (FH)

seit zehn Jahren an, die vergangenen fünf Jahre fungierte er als CSU-Fraktionsvorsitzender. Den Bezirkstag bezeichnete er als „Anwalt und Sprachrohr“ der Menschen, insbesondere jener, die auf Hilfe angewiesen seien. Er mache sich auch keine Illusionen, dass in der neuen Wahlperiode zahlreiche Herausforderungen auf den Bezirk zukämen, sagte Funk. Es wisse aber auch, dass sein Vorgänger ein gut bestelltes Haus hinterlasse.

In Mittelfranken trat Daniel Forster die Nachfolge von Armin Kroder (Freie Wähler) an, der von 2018 bis 2023 als Bezirkstagspräsident fungierte. Zur Bezirkstagsvizepräsidentin wurde Christa Heckel (Bündnis 90/Die Grünen) gewählt, weitere Stellvertreter sind Sven Erhardt (SPD) und Herbert Lindörfer (CSU).

Daniel Forster wurde 2008 erstmals in den mittelfränkischen Bezirkstag gewählt, zehn Jahre lang war der 42-Jährige dort Fraktionsvorsitzender der CSU. Seit 1998 arbeitet er bei einer großen Versicherung und absolvierte ein berufsbegleitendes Studium zum Informatik-Betriebswirt. In den nächsten fünf Jahren wird er seine beruflichen Verpflichtungen ruhen lassen, um sich ganz seinem neuen Amt als Bezirkstagspräsident zu widmen. Forster betonte, er wolle ein Bezirkstagspräsident „für 1,8 Millionen Mittelfränkinnen und Mittelfränken sein“. Es gehe ihm darum, alle demokratischen Kräfte einzubinden; zudem wolle er den kooperativen Stil seines Vorgängers beibehalten.

### Modernisierung der Gesundheitseinrichtungen

Erneut zum oberfränkischen Bezirkstagspräsidenten gewählt wurde Henry Schramm. Damit steht der 63-Jährige weitere fünf Jahre an der Spitze des Bezirks. Bezirkstagsvizepräsident und damit Erster Stellvertreter ist der

### Deutscher Nachbarschaftspreis 2023:

## Auszeichnungen für bayerische Konzepte

Bereits zum siebten Mal hat die nebenan.de Stiftung heuer Projekte und Initiativen engagierter Nachbarn aus dem gesamten Bundesgebiet ausgezeichnet. Der Deutsche Nachbarschaftspreis ging diesmal an insgesamt 22 Preisträgerprojekte mit Vorbildcharakter, die sich für ihr lokales Umfeld einsetzen, das Miteinander stärken und das „Wir“ gestalten. Auch zwei Konzepte aus Bayern – das Zukunftshaus in Forchheim sowie die aus Niederbayern stammende Bürgerhilfe Anzenkirchen – wurden in Berlin gewürdigt.

In der Themenkategorie „Nachhaltigkeit“ siegte das Zukunftshaus Forchheim. Dort können Nachbarn Dinge tauschen, verschenken und reparieren – ein Treffpunkt, wo Nachhaltigkeit gelebt wird. Das Zukunftshaus wird von der Initiative Forchheim für Future ehrenamtlich geführt und alle Menschen sind herzlich willkommen. „Reparieren statt entsorgen“, „weitergeben statt wegwerfen“, „leihen statt kaufen“ sind die Leitsätze der Engagierten. Die Angebote im Zukunftshaus sind bunt und vielfältig: vom Reparatur-Café, in dem etwa 20 Ehrenamtliche defekte Geräte reparieren, über Kleidertauschparties, Urban-Gardening-Projekte, Cleanups bis hin zu Filmabenden zum Thema Nachhaltigkeit.

### Krisensituation gemeinsam meistern

Das Dorf Anzenkirchen im Landkreis Rottal-Inn nahm während des „Jahrtausend-Hochwassers“ 2016 großen Schaden. Dank des tatkräftigen Einsatzes der örtlichen Bürgerhilfe haben die

betroffenen Bewohner diese Krisensituation gemeinsam gemeistert. Angespornt und zusammengeschweißt durch den gemeinsamen Erfolg, widmet sich der Verein Bürgerhilfe Anzenkirchen e.V. der Verbesserung der Lebensqualität aller Anzenkirchener.

### Ein Auto für unser Dorf

2017 schaffte die Bürgerhilfe ein gemeinschaftliches Auto für alle an, um die Mobilität im ländlichen Raum für alte und junge Menschen zu verbessern. Im Rahmen des Mobilitätsprojekts „Ein Auto für unser Dorf“ bringen zehn ehrenamtliche Fahrer Senioren und Jugendliche kostenlos zu wichtigen Terminen wie Arztbesuchen und Ausflügen. Um das Wir-Gefühl im Dorf zu steigern, organisieren die Vereinsmitglieder ganzjährig Feste, wie Fasching und das monatliche „Bürger:innen-Café“, bei dem alle willkommen sind. In der aktuellen Krise unterstützt die Bürgerhilfe Anzenkirchen Menschen, die durch Inflation und Energiekrise nicht mehr wissen, wie sie alles bezahlen sollen. DK

## GZ PINOS WELT



Wie sagte der Bürgermeister nach der Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, mit der dieses das zweite Nachtragshaushaltsgesetz des Bundes für 2021 für verfassungswidrig erklärte: Jetzt werden die in Berlin wieder lernen müssen, mit dem Geld auszukommen, das sie haben.

Gut, ganz so hart wird es für die Bundesregierung nicht kommen, wengleich der Bundesfinanzminister davon sprach, dass die Republik kein Einnahmeproblem hätte, sondern die Bundesregierung bei der Priorisierung der Ausgaben zwecks versage. Denn trotz der grundgesetzlich festgelegten Schuldenbremse, die in Karlsruhe auf den Prüfstand gestellt und ordentlich nachgezogen wurde, bleibt dem Bund ein erheblicher Verschuldungsspielraum, der tendenziell größer wird. Was halt in Zukunft nicht mehr gehen wird, sind finanzpolitische Hütchenspielertricks, mit denen

nicht nur dem Steuerzahler des Baujahres in Rechnung zu stellen, sondern via Kreditaufnahme auch künftige Nutzer über deren in der Zukunft zu leistende Steuerzahlungen, die dann in Zins und Tilgung fließen, an den Investitionen zu beteiligen. Ausgehend von den Überlegungen des Bundesverfassungsgerichts zu den Verpflichtungen der gegenwärtigen Regierung,

Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimaschutzziele 2045 oder 2050 zu erreichen, wäre sogar die Überlegung nicht fernliegend, einen Teil der staatlichen Ausgaben für die Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft über die Generationen hinweg durch Kreditaufnahme zu verteilen. Aber dann bitte ehrlich und offen und nicht tricksend und heimlich.

Denn Schulden haben natürlich die beschriebene, erwünschte Verteilungswirkung über die Haushaltsjahre und Generationen hinweg. Sie haben aber auch den Nachteil, dass sie künftige Haushalte durch die Belastungen mit Zins und Tilgung stark vorprägen und damit Gestaltungsspielräume künftiger Regierungen einschränken. Deshalb die Schuldenbremse, die dem Staat aufgibt, die Verschuldung in einem Rahmen zu halten, der noch tragbar ist und künftige Generationen nicht aussaugt. Ein Wirtschaftswissenschaftler hat so nett wie zutreffend formuliert, dass die Schuldenbremse von Politikern entwickelt wurde, die sich selbst nicht über den Weg getraut haben, solide Haushaltspolitik zu machen.

Wie berechtigt dieses Misstrauen war, zeigen ja jetzt wieder die vielen Stimmen, die Schuldenbremse abzuschaffen. Geld auszugeben ist halt doch zu verlockend, obwohl die Zinslasten des Bundes schneller steigen als der Blutdruck der Hauseigentümer nach Lektüre des Heizungsgesetzes. Denn der Bund hat sich in den Zeiten niedriger oder sogar negativer Zinsen nicht langfristig, sondern vorwiegend kurzfristig verschuldet, was dazu führt, dass jetzt für fällige Umschuldungen exorbitant höhere Zinsen zu zahlen sind, als vormalig aufgerufen worden wären. Es wäre reizvoll, den damaligen Bundesfinanzminister und heutigen Kanzler zu fragen, warum das so war. Ob er sich erinnern kann?

## Das Ende der Hütchenspielertricks

Kreditermächtigungen fröhlich von einem Schatzenhaushalt in den nächsten verschoben werden, um für die Koalitionsparteien die jeweils beste aller Welten zu schaffen: Für die SPD und die Grünen das Ausgabenwunderland für Soziales und Klima, für die FDP die Illusion vom soliden Wirtschaften.

Gut, ohne Schulden wird der Bund noch viele Jahre nicht auskommen. Auch eine Vielzahl von Kommunalhaushalten hängen am Tropf von Kreditlinien, die dabei helfen, die Schere zwischen Einnahmen und notwendigen Ausgaben zu schließen. Die Betonung liegt bei notwendig, denn wenn bei einer Kommune das Schuldenmachen überhand nimmt, ist ruck-zuck die Regierung im Haus und übernimmt das Kommando. Damit die Kommunen in unserem schönen Bayernland auch solide wirtschaften.

Denn Schulden sind ja per se nichts Schlechtes. Es ist wirtschafts- und fiskalpolitisch sogar höchst vernünftig, investive Ausgaben, die etwas schaffen, das für mehrere Jahre oder sogar einige Generationen nutzbar ist (z.B. Kanäle, Eisenbahnstrecken, Flughäfen, U-Bahnen, Brücken)

Kulmbacher Landrat Klaus Peter Söllner. Als weiterer Stellvertreter wurde der Bamberger Landrat Johann Kalb (CSU) bestimmt. Eine der größten Herausforderungen in den kommenden Jahren sieht Schramm im Ausbau und der Modernisierung der Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken.

### Soziale Ausgewogenheit und Teilhabe

Bereits seine vierte Amtszeit als Bezirkstagspräsident der Oberpfalz tritt der Präsident des Bayerischen Bezirkstags und Chamer Landrat Franz Löffler an. Seine Stellvertreter sind Thomas Thumann (Freie Wähler) und Lothar Höher (CSU). Insbesondere die soziale Ausgewogenheit und Teilhabe in der Gesellschaft seien dem Bezirk Oberpfalz ein großes Anliegen, so Löffler. Dabei dürfe aber auch die Bedeutung der Kultur- und Heimatpflege nicht unterschätzt werden. In einer unsicheren, sich schnell verändernden Welt gewinne die Heimat als Ort der Verbundenheit und Sicherheit immer mehr an Gewicht. Löffler skizzierte zudem künftige Herausforderungen. So zwingt der demografische Wandel in der Gesellschaft zum Umdenken bei der Pflege. Es werde immer wichtiger, im Alter möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben zu können. Dafür seien neben dem Fachkräftemangel knappe Finanzen und steigende Kosten verantwortlich.

### Niederbayern und Schwaben

Abermals zum niederbayerischen Bezirkstagspräsidenten bestimmt wurde Dr. Olaf Heinrich. Dr. Thomas Pröckl (CSU) bleibt

Bezirkstagsvizepräsident, neuer weiterer Stellvertreter des Bezirkstagspräsidenten ist Bezirksrat Peter Dreier (Freie Wähler).

Seit 2008 fungiert Heinrich als Erster Bürgermeister der Stadt Freyung. Seit dem Jahr 2003 gehört er dem Bezirkstag von Niederbayern an, im Oktober 2013 wurde er erstmals zum Bezirkstagspräsidenten gewählt und war damit der jüngste im Freistaat Bayern seit 1945.

### Fachkräftemangel und Klimaneutralität

Auch der Bezirkstag von Schwaben hat seinen Präsidenten Martin Sailer im Amt bestätigt. Das Amt des stellvertretenden Bezirkstagspräsidenten sicherte sich Bezirksrat Peter

Schiele (CSU). Weitere Stellvertreter sind Petra Beer (SPD), Barbara Holzmann (Grüne) sowie Alfons Weber (CSU).

Herausforderungen sieht der Augsburger Landrat im sozialen Bereich, unter anderem aufgrund des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels. Um die Aufgaben des Bezirks in Zukunft zu bewältigen sei es notwendig, qualifiziertes Personal zu gewinnen. Erhebliche Anstrengungen verlange zudem der 2020 gefasste Beschluss des Bezirks, bis 2030 klimaneutral zu werden. Der Bezirk nimmt aus diesem Grund seit 2019 am Umweltmanagementsystem „European Energy Award“ teil und hat mehr als 50 Maßnahmen umgesetzt, die seither umgesetzt werden. DK



Feierliche Verabschiedung von Josef Mederer, v.l.: Bernhard Seidenath, MdL, Michael Reiter, Bürgermeister Altomünster, Stefan Kolbe, Bürgermeister Karlsfeld, Landrat Stefan Löwl, Landkreis Dachau, Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Altlandrat Hans-Jörg Christmann, Landkreis Dachs, Innenminister Joachim Herrmann sowie Maria und Alt-Bezirkstagspräsident Josef Mederer im Vordergrund. Bild: CH

### BAYERISCHES GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chef/in vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,

Jan Kiver

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheber-

rechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine

Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 57 vom 01.01.2023

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH &amp; Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Gelebtes völkerverbindendes Wirken:

### Euregio Egrensis-Preis für Egerland-Museum Marktrechwitz

Für gelebtes völkerverbindendes Wirken sind das Egerland-Museum Marktrechwitz, das Museum Schloss Schwarzenberg (Erzgebirge) sowie die tschechisch-deutschen Museumsexperten Michael Rund und Petr Rojik, beide vom Museum Sokolov (Falkenau), im Porzellanikon Selb mit dem diesjährigen Euregio Egrensis-Preis ausgezeichnet worden. Seit Jahren treiben sie in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Museumssektor voran.

Ebenso wie die Euregio Egrensis hat auch das Egerland-Museum seinen Sitz im Egerland-Kulturhaus in Marktrechwitz und ist mit diesem untrennbar verbunden. Das Egerland-Kulturhaus dient seit 1973 der Pflege des Egerländer Kulturgutes und ist seit seinem Bestehen ein Treffpunkt der Egerländer. Bereits vor 20 Jahren hat das Eger-

land-Museum ein erstes grenzüberschreitendes Ausstellungsprojekt durchgeführt. Partner war damals das Museum Cheb/Eger. Seitdem wurden insgesamt 17 große und auch kleinere Ausstellungen angeboten und dafür insgesamt rund 1 Mio. Euro eingesetzt. Etwa ein Drittel davon konnte über die verschiedenen europäischen Interreg-Program-

me in diesem Zeitraum gefördert werden.

Immer wieder suchten sich die Verantwortlichen für ihre Ausstellungen neue Themen und passende Kooperationspartner auf tschechischer Seite: vom Museum Eger, über das Bezirksmuseum Karlsbad, das Bezirksarchiv Eger, die Kunstgalerie Karlsbad bis hin zum Gutshof „Statek Bernard“ und viele andere mehr. Ein weiteres Betätigungsfeld war zwischen 2004 und 2014 die grenzüberschreitende Museumspädagogik. In insgesamt neun Projekten, die meistens auch von der Euregio im Rahmen von Kleinprojekten aus EU-Mitteln gefördert wurden, konnte Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen kulturelles Wissen aus dem historischen Egerland vermittelt werden.

In seiner Festrede hob Staatssekretär a.D. Hartmut Koschyk lobend den Beitrag der Euregio Egrensis zur deutsch-tschechischen Annäherung und Verständigung ab 1990 bis zur heutigen Partnerschaft hervor. Der profunde Kenner internationaler Beziehungen beschrieb das Zusammenleben von Deutschen und Tschechen in der Euregio in Anbetracht der aktuellen weltweiten Krisen als „Friedensidyll“. **DK**

Landkreis Amberg-Sulzbach:

### Ofenführerschein gegen lokale Luftverschmutzung

Der Landkreis Amberg-Sulzbach schließt sich als einer der ersten Landkreise in Deutschland dem nationalen Projekt „Smartes Heizen mit Holz“ an. Ziel ist es laut Landrat Richard Reisinger, die lokale Luftverschmutzung durch eine optimierte Bedienung möglichst vieler privat genutzter Holzöfen schnell und deutlich zu verringern.

Martin Kopp, Klimaschutzmanager des Landkreises Amberg-Sulzbach erklärt, was das Projekt „Ofenführerschein“ erreichen will: „Nach aktuellster Forschungslage ist es möglich, die Feinstaubbelastung um bis zu 30 Prozent und die Menge organischer Schadstoffe um bis zu 67 Prozent zu reduzieren. Voraussetzung ist es, dass die Holzöfen richtig bedient werden.“

Das sei gerade in diesem Winter besonders wichtig, weil viele Landkreisbewohner ihre sonst eher selten genutzten Kamine und Öfen anwerfen würden, um gezielt Gas oder Heizöl zu sparen. Andere hätten sich gerade jetzt erstmalig einen neuen Ofen installieren lassen. In jedem dritten Haushalt Deutschlands soll es bereits einen holzbetriebenen Ofen geben. Und die sollen in Summe laut Umweltbundesamt für rund 20 Prozent des Feinstaub-

verantwortlich sein. Um möglichst viele Besitzer von Holzöfen gleichzeitig schulen zu können, hat sich der Landkreis Amberg-Sulzbach gemeinsam mit dem Zentrum für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit (ZEN) in Ensdorf für eine Kooperation mit der deutschen Ofenakademie entschlossen: Das ist eine Schulungsplattform im Internet, die darauf zugeschnitten ist, die rund 11,5 Mio. Ofennutzer in Deutschland schnellstmöglich zu trainieren, so Kopp.

Kernstück ist ein knapp zweistündiger Onlinekurs, in dem Experten erklären, worauf beim Heizen mit Holz besonders zu achten ist. Wer den Abschlusstest besteht, bekommt den Ofenführerschein, ein personalisiertes Umweltzertifikat, ergänzt Landrat Richard Reisinger. Zudem werden die Absolventen dauerhaft Geld sparen, weil sie weni-

ger Holz für die gleiche Wärmeabgabe benötigen und weil sich der Wartungsaufwand reduziert.

Kostenlose Gutscheine

Kopp, will in einem ersten Schritt die Akzeptanz testen. Heimische Hausbesitzer und Mieter, die eine so genannte holzbetriebene Kleinfeuerungsanlage nutzen, erhalten einen von insgesamt 50 kostenlosen Gutscheinen für den Besuch der Online-Akademie. Die Vergabe der Gutscheine erfolgt im Windhundverfahren. Wer den Ofenführerschein kostenlos absolvieren will, kann unter [www.ofenakademie.de/kreis-amberg-sulzbach](http://www.ofenakademie.de/kreis-amberg-sulzbach) einen Zugangscode abfragen. „Wenn die Nachfrage groß ist, weiten wir die Aktion aus“, verspricht Kopp.

Die ersten 50 Teilnehmer aus dem Landkreis, die den Ofenführerschein erfolgreich abschließen, erhalten zusätzlich eine Tageskarte für das Kurfürstenbad Amberg geschenkt. Außerdem wird unter den 50 Personen auch noch ein Saunapaket für 2 Personen verlost. **□**

Vorschau auf GZ 23

In unserer Ausgabe Nr. 23/2023, die am 7. Dezember 2023 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasser - Abwasser
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Entsorgungsmanagement und technische Lösungen
- Kommunales Verkehrsweisen - ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge, Fuhrpark
- Garten- und Landschaftsbau - Forst - Friedhof

Altersversorgung

[www.pluspunktrente.de](http://www.pluspunktrente.de)

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Bau

ERLUS AG  
Hauptstraße 106  
D-84088 Neufahrn/NB  
T 087 73 18-0  
F 087 73 18-113  
[www.erlus.com](http://www.erlus.com)

**ERLUS**  
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung /  
Brunnenregenerierung



**ETSCHEL**  
BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg  
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - [info@etbs.de](mailto:info@etbs.de)

Energiedienstleistung

**energie schwaben**

Fahnenmasten / Fahnen



**FAHNEN KÖSSINGER**

Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling  
Tel: 09451 9313-0 · [www.fahnen-koessinger.de](http://www.fahnen-koessinger.de)

Fahnen  
Maste  
Roll-Ups  
Bekleidung  
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau



**GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.**  
Aus der Region. Für die Region.  
**LEONET.DE**

HIGH-SPEED-INTERNET

[www.netcom-bw.de](http://www.netcom-bw.de)



Ein Unternehmen der EnBW **NetCom BW**

**T GLASFASER**

Schnell, Stabil, Zukunftssicher.



[www.telekom.de/glasfaser](http://www.telekom.de/glasfaser)

Glasfaser / Glasfaserausbau



**Unsere Grüne Glasfaser**  
Adalperstraße 82-86  
85737 Ismaning

**VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.**

Jetzt UGG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten sichern unter: **0800 410 1 410 111**

powered by **Allianz**

Informationssicherheit und  
Datenschutz



**Daten**  
schützen. Förderung nutzen!

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO  
ext. DSB  
ext. ISB  
LSI-Siegel  
BSI Kommunal  
CISIS12  
Schulungen  
eLearning

Kommunalberatung



**KUBUS**  
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin  
0385/30 31-251  
[info@kubus-mv.de](mailto:info@kubus-mv.de)

Standort München  
089/44 235 40-00  
[bayern@kubus-mv.de](mailto:bayern@kubus-mv.de)

[www.kubus-mv.de](http://www.kubus-mv.de)

Kommunale Fachmedien



QR code

Flamingos haben wir nicht!

**Aber wir bieten komplette Lösungen für öffentliche Verwaltungen:**

Zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

[www.schweitzer-online.de](http://www.schweitzer-online.de) **schweitzer**  
Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

[www.bayerngrund.de](http://www.bayerngrund.de) **Bayern Grund**

Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

**BUCHER municipal**  
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)
- Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)
- Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)
- KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) **Bayern Labo**

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**MONIKA STEER**  
Telefon 08171.9307-12  
[steer.monika@gemeindezeitung.de](mailto:steer.monika@gemeindezeitung.de)

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-10  
[hassel.theresa@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.theresa@gemeindezeitung.de)

Kommunalfinanzierung

**KFB Leasfinanz GmbH**

Kommunaler Mietkauf  
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

[www.kfb-reuth.de](http://www.kfb-reuth.de)



Photovoltaik

**UNTERHOLZNER ENERGIELÖSUNGEN**

- Photovoltaik
- Batteriespeicher
- Ladeinfrastruktur
- Lastmanagement
- und mehr

Tel. +49 (0) 8732 - 92 15 0  
[www.unterholzner-photovoltaik.de](http://www.unterholzner-photovoltaik.de)

Softwarelösungen

**KOMMUNE-AKTIV.de**  
Sitzungsmanagement / Falsinformationssystem

Der leichte Weg hin zu mehr Digitalisierung. [kommune-aktiv.de](http://kommune-aktiv.de)



**M71 SERVICE**

Wir vereinfachen deinen Alltag mit der passenden Software.  
[m71-service.de](http://m71-service.de)

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**  
[www.gemeindezeitung.de/newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage



**LRS**

**„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“**

Lüftungs-Reinigungs-Service  
Franz Sedlmeier GmbH  
Wolftrathäuser Straße 9a  
82049 Pullach im Isartal  
Telefon: (089) 74 44 24 98  
Fax: (089) 74 44 24 99  
eMail: [info@l-r-service.de](mailto:info@l-r-service.de)  
Internet: [www.l-r-service.de](http://www.l-r-service.de)



Weihnachtsbeleuchtung



**weihnachtsbeleuchtung**  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
[deko-jochum@t-online.de](mailto:deko-jochum@t-online.de)  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)

Vertragshändler für **LED**

**Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!**

